

Er scheint täglich außer Montags... Preis pr. Nummer: 5 Pfennig...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit... 3 Mt. 1. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 21. April 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Kapitalistische Steuerhinterzugen.

Die sogenannte Miquel'sche Steuerreform für Preußen wird vom Abgeordnetenhaus im behäbigen Tempo jener Leute durchberathen...

Worum es sich bei der neuen preussischen Vermögenssteuer handelt, hat der 'Vorwärts' seinen Lesern bereits im November vorigen Jahres an der Hand des Miquel'schen Entwurfs auseinandergesetzt...

Staatskasse führt, soll, wie es in der Begründung ausdrücklich heißt, 'mit der Ergänzungs- (Vermögens-) Steuer in keinem Falle mehr als 35 Millionen, also nur etwa 28 pCt. der Hauptsteuer, aufgebracht werden'...

schiebe selbst auf sich; wird doch auf diese Weise den preussischen Arbeitern aus dem Munde eines Bestehenden ins Gedächtnis gerufen, wie viel noch zu schaffen ist...

Die Agrarier haben aber ihren kapitalistischen Brüdern doch den Thron angethan und Herrn Miquel aus Dankbarkeit für den Erlass der Grundsteuer die Vermögenssteuer in zweiter Lesung bewilligt...

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. April.

Aus dem Reichstage. In der Novelle zum Militärpensionsgesetz hat die schwach besetzte Budgetkommission mit 8 gegen 6 Stimmen eine Bestimmung angenommen...

Die sozialdemokratische Fraktion hat es heute abgelehnt, den neuen von Herrn Alhwardt vorgeschlagenen Antrag, den wir unseren Lesern bereits mittheilten, zu unterstützen...

Feuilleton.

Verbreitung verboten.

69

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepiak.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Dünnes Gebüsch erstreckte sich vor ihm. Etwas weiter ab lag ein entblätterter Wald, durch den man den grauen Himmel schimmern sah. Die Form der Zweige und Stämme zeigte, daß es Eichen waren...

Der Ort sah unter dem trüben, bleiernen Himmel tod und traurig aus. Selbst die Bäume, welche ihre schwarzen, knorrigen Äste wie gekrümmte Arme zum Himmel streckten, schienen Schmerz und Leid zu empfinden...

boten neuen kommenden Lebens, die vorher nicht zu sehen waren, wurden an allen Zweigen sichtbar. Das zarte frische Gras unter den Bäumen und auf den weiten Flächen der unten liegenden Felder...

Wie unangebracht und seiner Stimmung widersprechend Andrej geht die Fröhlichkeit der Natur erschien! Plötzlich schmerzte und schlug sein Herz heftig, seine Kehle zog sich krampfhaft zusammen. Es blickte mit einem Mal in ihm auf, nicht wie eine Vermuthung, sondern wie feste Ueberzeugung...

Er ging rasch, fast lief er, nach der Stadt zurück, um nicht allein zu sein. Gleichgiltigen, vielleicht feindlichen Menschen gegenüber, würde er — dessen war er sicher — nichts von seiner Stimmung merken lassen.

Die Stadt nahm ihr gewöhnliches Aussehen wieder an. Das Geschäftsleben, welches für eine kurze Zeit eingestellt gewesen war, kehrte schnell zum alltäglichen Gang zurück. Die Vorstadt war noch leer; die Menge, die zurückließ, hatte sie noch nicht erreicht...

mobei sie nur gewaltsam stille gehalten wurden, ungeordnet aneinandergehen.

Das Schauspiel war vorüber, und die Zuschauer eilten heim. Wie viele aus der Menge brachten eine Erinnerung oder eine Empfindung für's Leben mit? und wie viele nichts mehr, als besseren Appetit zum Mittagessen?

Im Hauptquartiere hatte sich eine Anzahl von Revolutionären, ohne daß eine Einladung vorangegangen wäre, versammelt. Frauen waren aber nicht zugegen. Viele Männer erschienen erst spät am Abend...

Die St. Petersburger Sektion hatte von der Explosion in dem Hause des Stotterers und den folgenden Entdeckungen, die von der Dubrawnick'schen Polizei gemacht wurden, etwas früher gehört als Andrej selbst...

Gregor beeilte sich aber nicht, Andrej von seiner Botschaft zu sprechen, und Andrej dachte auch nicht daran, ihn zu fragen, was ihn herbeigeführt habe. Sie schüttelten sich eilig die Hände und Gregor machte auf dem Sopha, auf dem er saß, etwas Platz. Andrej setzte sich neben ihn und beide lachten.

Kärne der Antrag Ahlwardt zur Verhandlung, so würde diese auf Grund dieses Antrages unrettbar zu Ungunsten des Antragstellers ausfallen, kommt dagegen ein Antrag zur Verhandlung, wie ihn unsere Genossen im Reichstag dem Herrn Ahlwardt vorschlugen, so ist die Kommission genötigt, das ganze ihr vorgelegte Material zu prüfen, und Herr Ahlwardt hat die Möglichkeit in einer zweiten Verhandlung sich über diese Prüfung und ihre Resultate des weiteren auszulassen. Herr Ahlwardt erklärte denn auch nunmehr den weitergehenden Antrag, wie er sozialdemokratischerseits vorgeschlagen wurde, morgen einbringen zu wollen. Warum er dies nicht sofort that ist uns unfassbar. Herr Ahlwardt hat jetzt schon durch sein schwankendes, unklares Verhalten vier kostbare Tage verloren und die Zeit drängt. Oder sollte diese Högerung und Pönhaltung darin seinen Grund haben, daß Herr Ahlwardt fürchtet, daß von ihm beigebrachte Material möchte vollkommen unzulänglich sein, daß zu beweisen, was er damit beweisen will? Es liegt im eigenen Interesse des Herrn Ahlwardt, diesen Glauben zerstören, der durch sein Högerndes Benehmen in und außerhalb des Reichstages bereits allgemein Boden gefunden hat. —

Dem Bundesrat ist eine Nachtragsforderung zum Reichshaushalt für 1893/94 zugegangen. Die Nachforderung beziffert sich auf 1468 600 M., und zwar 50 400 M. an dauernden, und 1417 600 M. an einmaligen Ausgaben. Die Forderung von 50 400 M. wird durch die Erhebung der deutschen Gesandtschaft in Washington zum Range einer Botschaft veranlaßt. 217 600 M. werden zum Anlauf und zur Einrichtung eines Botschaftsgebäudes in Madrid verlangt und 600 000 Mark als weitere Kosten der Beteiligung des Reichs an der Ausstellung zu Chicago. Es haben sich, wird in der Begründung ausgeführt, an Ort und Stelle beträchtlich größere Aufwendungen für die Dekoration der deutschen Räume in den einzelnen Ausstellungsgebäuden als gehoben erwiesen, um hinter einzelnen, mit Deutschland in Wettbewerb tretenden europäischen Staaten nicht zurückzubleiben. Weitere Aufwendungen, welche nicht vorausgesehen werden konnten, haben sich aus den abnormen Witterungsverhältnissen dieses Winters, sowie aus den Bewegungen auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt ergeben. — Der zweite Nachtrag zum Etat von 1892/93, der dem Bundesrat zugegangen ist, beziffert sich auf 6 500 000 M. und wird dadurch begründet, daß die der Veranschlagung des Bedarfs zur Beschaffung der Brot- und Fourage-Materialien, sowie zur Villulienverpflanzung im Etat des Reichsbeeres für 1892/93 zu Grunde liegenden Durchschnittspreise infolge der Preissteigerungen sich als unzureichend erwiesen haben. Aber die Schusschläge bleiben! Ferner sind für die auf Grund des Gesetzes vom 10. Mai 1892 zu gewährenden Familien-Unterstützungen aus Anlaß von Friedensübungen, wofür der Bedarf auf etwa 2 Millionen angenommen wird, im Etat Mittel überhaupt nicht vorgesehen. —

Das Herrenhaus hat sich gnädig der Noth des rheinisch-westfälischen Schlotzjunkerthums und der freikonservativen Latifundienbesitzer angenommen. Die „Kölnische Zeitung“ hat also nicht vergeblich Tag für Tag vor der Schwelle des Herrenhauses geklopft. Die Kommission des Herrenhauses, welche mit der Beratung des Gesetzes über Aenderung des Wahlverfahrens beauftragt ist, hat die im § 1 vom Abgeordnetenhaus beschlossene Maximalgrenze der Besteuerung von 2000 M. gestrichen. Ferner wurde beschlossen, daß nach der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urvähler auf jede Abtheilung ein Drittel zu rechnen ist (nicht 5, 4 und 3 Zwölftel für die erste, zweite und dritte Abtheilung, wie das Abgeordnetenhaus beschlossen hatte). Der so modifizierte § 1 wurde mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen. Eine andere Frage ist es freilich, ob das Herrenhaus diesen Entschluß durch einen Plenarbeschluß gutheißt. Sind die ständischen Petitionen widerhaarig, so kann sie die Regierung, wenn sie will, sofort zur Reife bringen. Im Nothfalle wird ein Parischub die für die Vorlage nöthige Mehrheit schaffen. Aber wenn die Regierung ernstlich will, braucht sie den Herren nur mit dem Finger zu winkeln. —

Die Militärvorlage. Zum zweiten Male, schreibt die „Freisinnige Zeitung“, sind Kompromißverhandlungen über die Militärvorlage gescheitert. Die ersten Verhandlungen dieser Art vollzogen sich in der Öffentlichkeit der Militärkommissions-Sitzungen und gingen von den Nationalliberalen aus. Herr von Bennigsen wurde mit seinem Angebot einer Präsenzerhöhung von

49 000 Mann von dem Reichskanzler zurückgewiesen, nicht einmal in einer besonders freundlichen Weise, welche zur Fortsetzung solcher Verhandlungen irgendwie ermutigen konnte. Diesmal wurden die Verhandlungen aus der Zentrumsparthei heraus angeknüpft. Sie wurden nicht namens der Zentrumsfraktion eingeleitet und auch nicht in deren Auftrag, sondern beschränkten sich auf ein privates Sondiren des Abg. Freiherrn von Huene, welcher stets zu den militärfreundlichsten Mitgliedern der Zentrumsparthei gehört hat. Man sagt, daß Freiherr von Huene in dem Angebot der Präsenzerhöhung hätte noch weiter gehen wollen als selbst der Abg. von Bennigsen. Gleichwohl ist es ihm nicht besser ergangen, als dem letzteren. Der Reichskanzler besteht auf der Forderung einer Präsenzerhöhung um mindestens 69 000 Mann statt 84 000, oder, wenn man das Mehr aus der Einführung der Durchschnittspräsenz hinzuzählt, auf einer Präsenzerhöhung von 89 000 Mann statt der geforderten 104 000 Mann. Die Abweisung scheint auch derartig zu sein, daß sie gar keinen Raum läßt für irgend welche weitere Kombinationen. — Die „Germania“ bezeichnet das bekannte offiziöse Kompromissanerbieten statt eines Mehrs von 60 000 Mann ein solches von nur 55 000 zu verlangen „als eine nach Lage der Dinge lächerliche Konzeption, von der man besser gar nicht mehr reden sollte, weil sie — erbittert! Dann auch alles!“ —

Aus Halle a. S. wird der „Post“ telegraphirt: Die „Halleische Zeitung“ (konservativ-offiziös) erhält aus angeblich sicherer Quelle die Meldung von einer festen Verbindung des Herrn Reichskanzlers mit dem Zentrumsführer v. Huene wegen Annahme der Militärvorlage. Graj Caprio habe einen Abbruch von 7000 Mann angenommen, und ferner das Zugeständniß der freien Käckerei und des Aufenthaltes der Nebemotoristen sowie der Neuweisung einer höheren Reichsverwaltungsstelle mit einem hervorragenden Zentrumsführer gemacht.

Wenn die Ultramontanen ihren „Thurm“ selbst in die Luft sprengen wollen, so sollen sie nur dem Rathe des Huene folgen. —

Wie's gemacht wird. Bei der Kontrollversammlung des Beurlaubtenstandes in Köln am 13. April wurde den Mannschaften nach der „Hagener Zeitung“ u. a. folgendes mitgeteilt: Laut einer Verfügung dürfen sich nunmehr auch die Personen des Beurlaubtenstandes (Meister und Landwehr) nicht an politischen Agitationen betheiligen. Sie dürfen weder Versammlungen einberufen, noch solchen beiwohnen, in denen über militärische Dinge berathen wird, noch dürfen sie in gleichen Angelegenheiten Unterschriften sammeln oder geben. Zu Verhandlungen werden im Falle des Einberufens einer Versammlung mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren, im Falle der Theilnahme oder der Vergabe einer Unterschrift mit solchen Strafen bis zu sechs Monaten bedroht. Im besten Fall liegt hier ein grobes Mißverständnis vor. Denn kein Gesetz ermächtigt die Militärverwaltung, die Personen des Beurlaubtenstandes in ihrem Beurlaubtenverhältnis in Bezug auf das Versammlungsrecht und das Recht der politischen Agitation irgend wie zu beeinträchtigen. Aber nicht bloß aus Köln, auch aus anderen Bezirken kommt die Nachricht über derartige seltsame Beeinflussungsverfähe der Offiziere. Mit solchen Mitteln sollen die Wähler irreführt werden. Hoffentlich wird diese unerhörte Agitationsthätigkeit gewisser Herren in zweierlei Tuche im Reichstag zur Sprache gebracht. Jedenfalls aber unterrichte man überall die Wähler über die Sachlage. Also noch einmal! Die Militärverwaltung darf die Personen des Beurlaubtenstandes in ihrem Beurlaubtenverhältnis in keiner Weise hinsichtlich der politischen Agitation und des Versammlungsrechtes behindern. Jeder Versuch dazu ist ungesetzlich, ist zurückzuweisen und nicht zu beachten. Bestände eine solche Verfügung in der That, so ist sie rechtswidrig und muß sie sofort aufgehoben werden. —

Was ein Krieg verschlingt. Das amtliche „Militär-Wochenblatt“ veröffentlicht in einem zu Gunsten der Militärvorlage geschriebenen Artikel Mittheilungen über die Verluste im Kriege von 1870/71, wie diese in solcher Vollständigkeit bisher noch niemals in die Öffentlichkeit gekommen sind. Es fielen auf dem Schlachtfelde und starben an ihren Wunden auf deutscher Seite 1881 Offiziere und 26 897 Mann; verwundet wurden 4289 Offiziere und 84 304 Mann. Vermißt wurden 127 Offiziere und 12 257 Mann. Der Gesamtverlust beträgt also 6247 Offiziere und 123 453 Mann. Unter den Vermissten müssen die sogenannten „Noch-Vermissten“, d. h. diejenigen, über deren Schicksal bis zum Jahre 1882 keinerlei bestimmte Nachricht eingegangen war, zu den Toten gerechnet werden; ihre Zahl belief sich auf rund 4000. Unter Zurechnung dieser, sowie der 17 105 Köpfe, welche die Armee während des Krieges an Krankheiten verloren hat, sind rund 49 400 Deutsche gestorben. Die Franzosen dagegen verloren rund 2000 Offiziere und 136 000 Mann durch den Tod, wovon 17 683 in deutschen Lazarethen starben. Berechnet man den Aufsehl, der durch feindliche Gewalt Getödteten in den einzelnen Truppengattungen, so ergibt sich, daß die Infanterie ganz unverhältnißmäßig mehr zu leiden hatte, als die anderen Waffengattungen. Es fielen von der Infanterie, wenn man die Durchschnittsstärke zu Grunde legt 4,47 pCt., von der Kavallerie 1,40 pCt., von der Artillerie 1,28 pCt. und von den Pionieren 0,37 pCt. Sondern man die einzelnen Kontingente von einander, so ergibt sich, daß die Hessen das meiste Blut bezahlten haben; es fielen von ihnen 5,97 pCt., von den Bayern 5,68 pCt., von den Sachsen 5,40 pCt., von den Preussen 4,85 pCt., von den Badensern 5,76 pCt. und von den Württembergern 3,51 pCt. Eine sehr große Anzahl deutscher Soldaten mußte nach dem Kriege als invalide erklärt werden. Bis Ende 1894 wurden 69 895 Unteroffiziere und Mannschaften im mobilen deutschen Heere von 1870/71 als kriegsinvalid anerkannt. Es sind dies 6,28 pCt. aller überhaupt mobil geordneter deutscher Soldaten. — Die furchtbare Blutsteuer, die dem Volke entrichtet wird, ist würdig der das Volk aufsaugenden Gutssteuer, die auch auf seinem Altar dargebracht wird. —

Der Militär-Strafprozess. General v. Boguslawski schreibt in seiner neuesten, für die Militärvorlage eintretenden Broschüre „Reichstag und Heer“: „Daß unser Militär-Gerichtsverfahren auf Grund der Öffentlichkeit und Mündlichkeit umgestaltet

werden muß, ist auch von mir schon früher vertreten worden. Die Einrichtungen eines Staates müssen sich organisch an einander schließen, soweit es möglich ist. Wenn man im bürgerlichen Gerichtsprozeß anerkannt hat, daß das mündliche Verfahren den Richtern einen anderen und tieferen Einblick in den Verlauf der Sache gewährt, eine bessere Beurtheilung der Persönlichkeit des Angeklagten und der Glaubwürdigkeit der Zeugen gestattet, so ist kein Grund vorhanden, dies beim Militärstrafprozeß zu verneinen. Das öffentliche Verfahren gewährt dem Bürger Einsicht in den Gang der Untersuchung, und gewinnt jeder dadurch, wie in altgermanischen Zeiten, die Ueberzeugung, daß das Recht treu und gewissenhaft gehandhabt wird. Freilich hatten wir in alten Zeiten keine ausbeutungsfähige Parteipresse (!). Aber die öffentliche Verhandlung wird in den meisten Fällen der Ausbeutung gerade die Spitze abbrechen (!). Die Öffentlichkeit kann wohl hin und wieder auch Nachteile zeitigen, denn Beeinflussungen sind denkbar. Ihre Vortheile werden aber unbedingt größer als ihre Nachteile sein. Wäre es z. B. nicht durchaus vortheilhaft gewesen, den Fall Salisch sogleich öffentlich zu behandeln? Es ist jedenfalls von Bedeutung, daß ein hoher Militär, der sich allerdings nicht mehr im aktiven Dienst befindet, einer Reform des Militär-Strafprozesses das Wort redet. Noth that sie! —

Der Kampf um den Bayern. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Zentrumsantrag, unterzeichnet von Hipe, von Loß, von Huene, unterstützt von der gesamten Fraktion, auf „Korporative Organisation des Berufsstandes der Landwirthe“ zugegangen. Der Antrag lautet:

„Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, die korporative Organisation des Berufsstandes der Landwirthe unter Schaffung eines besonderen, der Natur dieses Standes entsprechenden und die ihm eigenthümlichen Verhältnisse berücksichtigenden Agrarrechts vorzubereiten und den Häusern des Landtags möglichst bald dahin zielende Vorlagen zu machen.“

Der „Bund der Landwirthe“ soll durch diesen Wettbewerb der Ultramontanen in seiner bauernfängerischen Thätigkeit gestört und den Landleuten, nun die Reichstagswahlen vor der Thür stehen, die Bauernfreundlichkeit der Zentrumsparthei gezeigt werden. Natürlich ist dieser Antrag eiter Dummheit. Eine „korporative“, also ständische Gliederung der Bauernschaft im Zeitalter der Klassengegenätze, unter der Herrschaft des Großkapitalismus ist ein Unding. Stände haben bestimmt umgrenzte Rechte und Pflichten, sie waren lebensfähig in der feudalen Wirtschaftsweise, heute sind sie eine Utopie so gut wie die Hünste. Ein Führer des bayerischen Zentrums, Dr. Daller, erklärte kürzlich in einer Rede gegen die bayerische Bauernbewegung, daß eine „Ständebewegung verfassungswidrig“ sei. Das preussische Zentrum ist anderer Ansicht. Und die prunkhafte Lebensart vom „Agrarrecht“ zerstückt sofort, wenn sie verwirklicht werden soll. Oder wünschen die Brotvertheurer und Bauernleger des Zentrums, die schließlichen Großgrundbesitzer z. B., eine Gesetzgebung, die mit den schmählichen Vorrechten des Großgrundbesitzes in Preußen aufträumt? —

Stephan. Wir haben Ihrer Zeit die Nachricht des „Herold“, Ober-Postdirektor Griesbach habe dem Postassistentenverband die Anerkennung durch den Staatssekretär Dr. v. Stephan in Aussicht gestellt für den Fall, daß sich der Verband von Herrn Junk löst, eingehend kritisiert. Die „Deutsche Post-Zeitung“, das Organ des Verbandes erklärt jetzt, daß das Verlangen nicht gestellt worden sei. Der Sachverhalt sei folgender. Bald nach Beendigung der zweiten Verhandlung des Etats der Reichspost, und Telegraphen-Verwaltung im Plenum des Reichstages (bei welcher die Post-Mitglieder bekanntlich heftig bezeugt wurden), habe Griesbach mit dem Verbandsoorstand eine längere Unterredung über den Verband Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten gepflogen. Die Tendenz der Anschauungen des Herrn Ober-Postdirektors Griesbach lasse sich kurz in den Worten zusammenfassen: „Die Verbandsmitglieder bleiben unbehelligt, sofern sie durch ihr Verhalten nicht Veranlassung geben, gegen sie einzuschreiten.“

Auch in einer zweiten Unterredung — eine Folge der betreffenden Zeitungsnotiz — sei vom Ober-Postdirektor Griesbach wiederholt worden, daß der Verband und seine Mitglieder nichts zu fürchten haben, so lange sie nicht gegen die Disziplin in irgend einer Weise verstoßen. Die „Deutsche Post-Zeitung“ führt dann aus:

„Es erübrigt noch, mit wenigen Worten auf die Bedeutung der sogenannten Anerkennung unseres Verbandes seitens der Behörde zurückzukommen. Der Verband Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten ist seit seiner Gründung thatsächlich anerkannt, auch von unserer Behörde; denn eine Vereinigung, die die politische Genehmigung besitzt und wirklich existirt, braucht nicht weiter um Anerkennung zu bitten, geschweige denn Opfer dieserhalb zu bringen.“ ... Nur ein Verband, der frei und unbeeinträchtigt von den beherrschenden Organen dasteht, kann in Wahrheit die Interessen seiner Mitglieder und des ganzen Standes vertreten. Einen solchen Charakter der Freiheit und Selbständigkeit besitzt der Verband Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten, und eben solchen muß er sich auch für die Zukunft wahren, wenn er anders seiner Aufgabe gerecht werden soll. Wir verlangen von der Behörde nur die Jubiläumsgeld der Erstgenüßigung und Entlohnungsfreiheit, sowie die Trennung des Verbandes vom Dienst.“

Hieraus erhellt, daß der in der Presse und im Reichstage für die unteren Postbeamten thätigst geführte Kampf nicht ohne Erfolg gewesen ist, daß die viel erörterten Verbesserungsvorschläge der Stephan'schen Erklärungen erschüttert worden sind. Ein solches Zugeständniß ist willkommen zu heißen als ein kräftiger Antrieb zum Ausbahren in der Wirksamkeit für die materielle und soziale Hebung jener Beamtenklassen. Nur durch Zusammenschluß, durch Ausbildung der Organisation, durch Ausübung jedes staatsbürgerlichen Rechtes können die Unterbeamten ihre Lage verbessern. Aber man beachte wohl! Im ausgesprochenen Gegensatz zu den Wünschen und Absichten der Postgewaltigen hat der Verband Fortschritte gemacht, und er that gut, die schönen Worte des Herrn Griesbach nicht höher zu bewerten, als sie es verdienen. Was hat er denn gesagt? Daß die Postverwaltung das thun will, wozu sie verpflichtet ist, die Beamten in der Ausübung ihrer politischen Rechte nicht zu hindern? Nein, die Verbandsmitglieder so lange ungeschoren zu lassen, als sie nicht durch ihr Verhalten Veranlassung geben, gegen sie einzuschreiten? Wie vielseitig und beharrlich dieses Verlangen „Verhalten“ ist, wie es für ständige Postassistenten und Postbureaukraten eine Handhabe zu Maßregelungen werden kann, braucht das erst betont zu werden? Ja das „Verhalten“ nicht anhängig, wenn der Unselige politisch anständig erscheint, wenn er zielbewußt für seine Berufsgenossen eintritt u. s. w.? So überschätze man das formale Zugeständniß nicht, man sei was'sam und selbständig. Arbeiterpresse und Arbeitervereine können jedoch gleichwohl damit zufrieden sein, daß ihre Thätigkeit für die Postbeamten nicht ganz vergeblich gewesen ist. —

Es war der „Onkel“ — ein Herr in den mittleren Jahren, mit glatt rasiertem Gesichte — der die Aufmerksamkeit seiner Genossen fesselte. In Anbetracht der Stellung, welche er im Pöbeldienste einnahm, hatte er das Recht, zu der schwarzen Plafform zugelassen zu werden, hatte dieses Privilegium benützt, damit die Beurtheilten unter ihren Feinden wenigstens ein befreundetes Gesicht sehen sollten. Er hatte dem ganzen Verfahren beigewohnt und schilderte es jetzt mit gleichförmiger, dumpfer Stimme, in einfacher geschäftsmäßiger Weise, ohne eine Abschweifung oder ein erklärendes Wort.

Zwei standen neben dem Sprecher. Die übrigen sechs oder sieben an der Zahl waren im Zimmer verstreut, saßen auf Stühlen, dem Sopha oder Fensterstuh, in verschiedenen Stellungen steif geworden, ohne sich zu bewegen oder einander anzublicken. Alle lauschten. Niemand fragte oder bemerkte etwas.

Als der Schlußakt näher kam, fühlte Andrej wie Gregor von einem nervösen Schauer geschüttelt wurde. Mit kräftigem Druck preßte er seinen Arm und zog ihn herab, und ihm Muth zu gebieten und die Erzählung nicht durch einen Ausbruch zu unterbrechen. Gregor beherrschte sich und lauschte auf die gräßlichen Einzelheiten zugelloser Brutalität bis zu Ende. Aber seine Nerven gewannen die Oberhand über seine Energie. Er brach in ein hysterisches Schluchzen aus. Andrej ergriff ihn bei den Schultern und schüttelte ihn heftig.

„Du winkeles Weib!“ sagte er wüthend. „Mit Blut und nicht mit Thränen müssen solche Dinge vergolten werden.“

Ein großer und schrecklicher Gedanke nahm in diesem Momente in seinem Geiste Gestalt an. Aber er gab demselben keinen Ausdruck. Er mußte wieder und wieder durchdacht werden, bevor sich darüber sprechen ließ. Ein Verbrechen wäre es, solche Worte in den Wind zu streuen und eine Schande, sich zurückzuziehen, nachdem sie gelüftet waren.

(Fortsetzung folgt.)

Zeichen der Zeit. Ein altes und ein junges Bismarck-Blatt gehen ein. Jenes, das „Frankfurter Journal“, ist ein Organ der süddeutschen Rationalisten, ist bankerott geworden, und der Konkurs ist bereits eröffnet. Das zweite jugendliche Organ ist die in Köln erscheinende „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, die ausdrücklich Bismarck-Politik getrieben hat; ihr Leiter war der frühere Redakteur der „Köln. Zeitung“, Dr. Kleiser. —

Öffentliche Gesundheitspflege und Kapitalisten-Interesse. Wie die „Allgemeine Zeitung“ meldet, ist in einem gemeinsamen Beschlusse des königlichen Oberbergamts Halle und der königlichen Regierung zu Merseburg der Mansfelder Kupferhüttenbauenden Gewerkschaft das Entgeltrecht gewährt und die Entwässerung des Seebeckens gestattet worden. Den See-Interessenten wird für die Fischerei und sonstige Nutzung eine Entschädigung von über 2 000 000 M. zugesprochen. Nun wird zu Ehren der Grubenbarone den Anwohnern des betroffenen Flußgebietes zwar das Wasser verboden, so daß es ungenießbar wird und nicht mehr für den Haushalt zu verwenden ist. Aber die „Gewerkschaft“, die ihre Leute zur „Loyalität“ drückt, zieht ihren Klagen daraus, und das ist die Hauptsache. —

In Sachen Hoensbroech theilt die „Bosfische Zeitung“ mit, daß die auch von uns mitgetheilte Zuschrift des Reichstags-Abgeordneten von Hoensbroech den Sachverhalt nicht richtig darlegt. In dem nächsten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ läßt, so schreibt die „Bosfische Zeitung“, Paul Graf von Hoensbroech einen Artikel erscheinen mit der Ueberschrift: „Mein Austritt aus dem Jesuitenorden“, der unsere Behauptung vollumfänglich und seinem Bruder jeden Zweifel darüber nehmen wird, aus welchen Gründen der Austritt des Grafen Paul von Hoensbroech erfolgt ist. Wir haben über die „nationalen“ und „monarchischen“ Motive des gräflichen Ex-Jesuiten uns bereits zur Genüge ausgesprochen. Jesuitismus und Kapitalismus sind wahrverwandt und haben einander gar nichts vorzuwerfen. Der Junker, der aus dem Orden auspringt, mag, wir leugnen das nicht, durch die reinsten Beweggründe dazu veranlaßt sein. Aber — der „Jesuitismus“ geht auch um im — Protestantentum, und „vornehme“ kulturkämpferische Organe des Liberalismus werfen den jüdischen Redakteur zum Tempel hinaus und beschden Ahlwardt. —

Inr Wahlrechts-Bewegung in Belgien erhalten wir folgendes Spezial-Telegramm:

C. B. Gent, 20. April, Nachm. Hier ist die Arbeit mit geringen Ausnahmen überall wieder aufgenommen worden. Heute Abend findet eine Parteiversammlung im „Booruit“ statt, welche über die fernere einzuhaltenen Taktik beschließen wird. Die Anhänger einer Fortsetzung des Ausstandes sind in verschwindender Minderheit. Genosse Maurix aus Cresfeld, der Vorschneider im „Booruit“ war, ist ausgewiesen worden. Beerblock, der Organisator der Flachspinner, ist unter der Anklage, die Freiheit der Arbeit und des Eigenthums“ bedroht zu haben, verhaftet worden.

Gomerule. Im Verlaufe der am 19. April im Unterhause fortgesetzten Gomerule-Debatte erklärte, wie die „Bosfische Zeitung“ meldet, der Gladstoneaner Saunders, obwohl er ein eifriger Anhänger von Gomerule sei, werde er gegen die zweite Lesung der Gomerule-Vorlage stimmen müssen, weil diese die Bestimmung enthalte, daß nur solche Personen stimmberechtigt für die Wahlen zum irischen gesetzgebenden Rath seien, die mindestens zwanzig Pfund Jahresmiete entrichten. Eine solche Vorschrift beraube zwei Drittel der Stimmgeber ihres Stimmrechts und müsse eine gute Verwaltung Irlands unmöglich machen. Der Regierung bleibt trotz dieser Abgabe eine Mehrheit von etwa einem halben hundert Stimmen. Uebrigens ist der Einwurf beiderseitig; das Wahlrecht müßte eben ein allgemeines und gleiches sein. —

Der Achtstundentag in England. Aus London wird unterm 19. d. M. gemeldet: „Gladstone empfing eine Abordnung von Vergleuten aus den Grafschaften Durham und Northumberland, welche Gegner des Achtstundentages sind. Gladstone erklärte, er betrachte eine parlamentarische Einmischung in die Angelegenheiten der Arbeiter als einen Eingriff in die persönliche Freiheit. Gladstone sprach sich alsdann zu gunsten einer dringlichen Abstimmung über den Achtstundentag aus.“ Die Mehrheit der organisierten Arbeiter fordert den gesetzlichen Achtstundentag, und die Liberalen, die in Arbeiterbezirken gewählt sind, haben sich auf dieses Programm verpflichtet. Gladstone's mandatorischer Widerstand ist heute schon nicht mehr so stark, wie früher. Und wenn die Verhältnisse es fordern, giebt er nach. Und die politische Situation ist den Arbeitern günstig. —

Der spanische Senat beacht das Panama der Gewalthaber Spaniens ohne Weiteres zu. Er wird, wie aus Madrid unterm 20. d. M. gemeldet wird, die Erlaubnis, den früheren Bürgermeister Bosch verfolgen zu dürfen, verweigern, um jede Gelegenheit, einen Skandal hervorzurufen, zu vermeiden. Dieses summarische Verfahren hebt sich durch seine ehrliche Offenheit vorthellhaft von der Heuchelpolitik in „zivilisierteren“ Ländern ab. Den Fortschritt des Sozialismus befördert solch eine Vanditenpraxis außerordentlich. —

Gegenüber den tendenziösen Berichten,

mit welchen namentlich Blätter von der ausschweifenden orientalistischen Phantasie des Berliner Tageblatts und die offiziöse Presse ihre Leser über die belgischen Vorgänge unterrichteten, ist es von zeitgeschichtlichem Interesse zu hören, was ein mehr der Wahrheit dienendes Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, über Belgien schreibt. Der Brüsseler Berichterstatter dieser Zeitung meldete unterm 18. April:

Der Bürgermeister von Brüssel verbietet alle Manifestationen und Zusammenrottungen, die Bürgermeister der Vorstädte setzen den Arbeitern, welche friedlich demonstrieren wollen, nicht die geringsten Hindernisse entgegen. Die Arbeitsführer, welche absolut friedlich gesinnt sind und einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht um jeden Preis vermeiden wollen, versammeln daher ihre

Betreuen auf dem Territorium der Vorstädte und bieten alles auf, damit nach Schluß der Versammlung bei der Heimkehr in die Stadt die Menge sich in einzelne kleine Gruppen zertheile. Die besonnene, durchaus inoffensive Haltung der streifenden Arbeiterkassen kann nicht rühmend genug hervorgehoben werden. Namentlich giebt es schlechte Elemente darunter. Eine Volksmasse von Zehntausenden kann nicht aus lauter Mustermenschen bestehen. Aber diese schlechten Elemente sind in verschwindender Minorität. In Wahrheit herrscht eine wahrhaft patriarchalische Herzenseinfalt unter diesen armen Menschen. Wenn man sieht, wie sie den Führern sich nachdrängen wie die Schafe den Hirten, und wie sie mit lautloser Andacht an den Lippen der Redner hängen, deren Worte Einzelne mit den Lippen mitzureden — in diesem und noch in manchem anderen Zuge wird man oft an die Zeit der ersten Christen erinnert, an jene Zeit der ersten gewaltigen Proletariats-Bewegung, wo manches sich ähnlich zugezogen haben mag. Diese friedliche, ich möchte beinahe sagen beschreibende Art, in welcher die Brüsseler Arbeiter um ihr gutes Recht ringen, macht die Bewegung in so hohem Maße sympathisch. Der Fremde, der Wohlbeliebte kann sich unter den Streifenden mit vollkommenster Sicherheit bewegen. Niemals wird ein feindseliges Wort laut. Im Gegenheil. Die Leute sind dankbar für das Interesse, das man ihrer Bewegung spendet, und sie bringen in ihrer schlichten Art zum Ausdruck. Die Presse vor allem ist wohl gestimmt. Die Arbeiter wissen sehr wohl, welche mächtige Verbündete sie an ihr haben. Während in Paris bei großen Arbeiterdemonstrationen der Journalist die ersten Chancen hat, seinen Hut eingetrichtert zu bekommen, ist in Brüssel das Wort „Journalist“ die Zauberformel, vor der sich selbst die dichtesten Reihen öffnen. Ueberall haben die Reporter ihren Standort in unmittelbarer Nähe der Redner, und bei den Manifestationen ziehen sie in der ersten Reihe, den Bleistift in der Rechten und das Notizbuch in der Linken. Die Gefahr für den Berichterstatter liegt in diesen Tagen nicht auf Seiten der Arbeiter, sondern auf Seiten der Polizei und der Bürgergarde. Wenn diese zum Angriff übergehen, so haben sie zu gleichgültig vor es hintreibt. Besonders in der Bürgergarde ist nicht gut Rischen offen. Die Leute, welche sonst das ganze Jahr über drei oder vier Tage Waffentübungen halten, sind jetzt bereits seit acht Tagen immer bis spät in die Nacht hinein unter Waffen. Sie sind infolge dessen übermüdet und nervös, haben auch natürlich nicht die Ruhe regulärer dienstgewohnter Soldaten. Wehe, wenn ihnen der Geduldssaden reißt! Es muß allerdings hier konstatirt werden, daß die Gefahr, der wir alle bei Angriffen der bewaffneten Macht ausgesetzt sind, sehr herabgemindert wird durch den Passivsein, welchen Herr Ribot, der liebenswürdige Sekretär des Bürgermeisters, auch den ausländischen Journalisten anstandslos ausliest.

Ebenso bewundernswürdig, wie die friedliche Gesinnung der Arbeitermassen, ist deren Disziplin. Altdienende Soldaten können nicht so wortlosen und pünktlichen Gehorsam leisten, wie diese Männer mit zerfchliffenem Gewand und schwieligen Händen. Die Führer haben strenge Ordre gegeben, den ersten, der einen Stein auswirft, aus den Reihen zu stoßen. Ich habe selbst zwei oder drei solchen Exekutionen angesehen, wo mit Rippenhaken eine so prompte Justiz geübt wurde, daß jede Verurtheilung nicht mehr zu besorgen war. Da ist besonders ein großer Teufel von einem Fischer, welchem seine beiden Häuse das Ehrenamt eines ersten Ordnungskommissars bei allen friedlichen Gelegenheiten eingetragen haben. Schon beim letzten Sozialistenkongreß habe ich ihn angestaut. Damals war seine Spezialität das Hiniauswerfen von Anarchisten. Jetzt marschirt er bei allen Aufzügen in der vordersten Reihe, ein Hirt mit einem gewaltigen Schlapphut. Soweit an irgend einer Stelle etwas nicht ordnungsgemäß vorgeht, bricht er sich mit gewaltigen Rippenhaken, ist wie das Ungeheuer an Ort und Stelle, läßt die Hiebe hagelnd herniederfliegen und kommt dann wieder zurück, indem er uns Journalisten, die wir sein besonderes Wohlwollen genießen, zulächelt: „Bürger, die Ordnung ist wieder hergestellt.“ Heute morgen, während der großen Versammlung auf der Place de la Duchesse, kam plötzlich die Nachricht, in einer der Nebenstraßen würden von Arbeitern Fenstersteine eingeschlagen. Unser Freund hat einen gräßlichen värmischen Fluß aus und ging im vollen Galopp seiner langen Beine nach der bedrohten Stelle ab. Dort zeigte sich sofort, daß die Nachricht falsch war. Ein Arbeiterhaus stand vor einer Fohrit, aber nur um die Rückkehr einer Delegation zu erwarten, die hineingelassen werden, damit der Arbeitgeber in Kenntnis gesetzt werde von dem Beschluß seiner Arbeiter, den Streik zu beginnen. Nichtsdestoweniger fuhr der furchtbare Mann den Hausen an: „Man sagt, daß Ihr Fenstersteine zerbricht. Ich sage Euch nur das: dem Dritten, den ich dabei erwische, dem geb's an die Kehle!“ Kein Wort der Erwiderung wurde laut. Alle neigten in stummem Gehorsam das Haupt. Einer trat vor und sagte: „Sei ruhig, Citouen, es wird nichts geschehen. Sonst — God verdoum!“ Und er schüttelte seine Faust gegen den Hausen, in dem sich auch keine Fingerzeige regte.“

Parteinachrichten.

Zum Wahlausruf des Parteivorstandes bemerkt die „Germania“ u. a.: „Wie man sieht, ist die Sozialdemokratie außerordentlich thätig und hat bereits alle Vorbereitungen zu Neuwahlen getroffen, obgleich eine Auflösung des Reichstags noch nicht so ganz zweifellos ist. Andern Parteien können die vorzügliche Organisation und der Eifer der Sozialisten als Mahnung dienen, auch ihrerseits nichts zu versäumen, um für den Wahlkampf, im Falle einer Auflösung des Reichstages, gerüstet zu stehen.“

Gegen die Militärvorlage wurden weiter Versammlungen abgehalten in Hagen i. W. (Ref. G. Lehmann-Vortmund), Kreuznach (Ref. Niedrich-Main), Schalkirchen (Referent Kläß-Stel), Nesteren (Referent Frau Kähler-Wandorf), Silbis bei Gießen (Referent Leopoldt-Beiz), Woltersdorf (Ref. Reichstags-Abgeordneter Stadthagen-Berlin).

Maffeter. In Hagen i. W. wird am 30. April eine Vorfeier, bestehend aus Konzert, Kundereisigungen und Ball, abgehalten; am 1. Mai findet eine Volksversammlung statt. — Die Parteigenossen in Kalk halten am Abend des 1. Mai eine Versammlung ab; zum 7. Mai veranstaltet der Sozialdemokratische Verein ein Fest. — In Bielefeld ist am 1. Mai Versammlung mit Kommerz, am 7. Mai allgemeines Volksfest. — In Mainz findet ebenfalls am 1. Mai eine Versammlung, am 7. Mai ein Fest statt. — Die Parteigenossen in Grana bei Chemnitz halten die Maffeter am 30. April ab, ebenso die Genossen in Kalkberge, Hadersdorf, Erfter und Woltersdorf bei Berlin.

Das Verbot des in Altona geplant gewesenen Maffestzugs wurde damit motivirt, daß „bei dem Stattfinden des Aufzuges, an welchem sich voraussichtlich viele Tausende von Personen betheiligt würden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“ — Das preussisch Oesterreich dieser „Vergründung“ wird durch den Hinweis auf die einfache Thatsache genügend ins Gelle gerückt, daß in dem direkt an Altona angrenzenden nichtpreussischen Hamburg der Festzug mit vorursichtlich gewiß 50 000 Theilnehmern anstandslos erlaubt worden ist. Danach scheint selbst in der hamburgischen Volksrepublik die Ordnung auf feierlichen Fäßen zu stehen als in der „sozial-reformatorischen“ preussischen Monarchie.

Aus der Schweiz wird berichtet: Ganztägige Arbeitstube proklamiren die organisierten Arbeiter von Zürich, Bern,

Basel und Lausanne. Chur nimmt von der allgemeinen Arbeitstube Abstand, veranstaltet dagegen auf den Abend einen Demonstrationzug. Die Delegirten der Arbeiterpartei des Kantons Solothurn beschließen unbedingtes Festhalten am 1. Mai; den einzelnen Ortschaften steht es frei, schon am Nachmittage oder erst Abends eine Feier zu veranstalten.

Von der Agitation. Der Reichstags-Kandidat für den Dortmundener Wahlkreis, Genosse Zölke, sprach dort in einer großen Wählerversammlung über die Bedeutung der in Aussicht stehenden Reichstags-Wahl. Nach ihm sprach Genosse Fischer aus Hamburg. Beide Redner erzielten rauschenden Beifall. Weiter veranstalteten die Parteigenossen des Dortmundener Wahlkreises am Sonnabend und Sonntag in den Orten Barop, Eichlinghofen, Böninghausen bei Castrop, Landskron, Annen, Berghofen, Marten und Hambruch Wählerversammlungen, die alle gut besucht waren. In letzterem Orte hielten auch die Nationalliberalen mit ihrem Kandidaten Möller eine im Stillen veranstaltete Versammlung ab, zu der man die Arbeit in den Fabriken ruhen ließ; wer von den Arbeitern diese Versammlung besuchte, erlitt keinen Lohnabzug. Es ist wohl anzunehmen, daß selbst unterrichtete Arbeiter sich durch solche Manöver nicht bestimmen lassen, den Herrn Möller zu wählen, der lediglich die Interessen des Fabrikantenthums vertritt.

Das Schiedsgericht, das vom Berliner Parteitag in Sachen Niemann's aus Chemnitz angeordnet worden war, hat nach siebenägiger Verathung folgenden Spruch gefällt: „Das am 31. März tagende Schiedsgericht erkennt den im Januar 1891 stattgefundenen Ausschluß Niemann's zu Unrecht bestehend an, weil verrißt, da der Ausschluß geschah, ohne daß Niemann vorher gehört wurde, bezw. weil ihm nicht vorher Gelegenheit gegeben worden ist, sich in der Öffentlichkeit zu vertheidigen. Das dem Schiedsgericht vorgelegte Material ist unbedingt geeignet, Niemann erntlich zu rügen, insofern kann der Ausschluß aus der Partei aus obigen Gründe nicht anerkannt werden.“

Die Chemnitzer Parteigenossen haben sich in ihrer Versammlung am 15. April mit dem Spruch einverstanden erklärt.

Zur Aufstellung eines gemeinsamen Delegirten für den Internationalen Arbeiterkongreß in Zürich wird auf Beschluß der Magdeburger Parteigenossen in den ersten Tagen des Monats Mai eine Konferenz der Vertrauenspersonen der Provinz Sachsen abgehalten. Die Vertrauenspersonen werden deshalb ersucht, sich baldigst über die Wünsche der Parteigenossen ihrer Bezirke zu unterrichten.

Baron Iskraut hat, wie die Bielefelder „Volksmacht“ mittheilt, am Montag Hiebe bekommen und zwar von konservativen Bauern in Gohfeld. In diesem Tage wollte Iskraut auf der Deele des Kolons Alrub in Gohfeld über das Thema sprechen: „Zu welcher Partei gehört der Landtags-Abgeordnete Schnatzmeyer?“ Herr Schnatzmeyer, der der konservativen Partei angehört, ist dafür, daß wirkliche Bauern in die Parlamente gewählt werden, und da das am wenigsten im Sinne der Junker und Pfaffen liegt, so ist er bei beiden übel angeschrieben. Er war zu der Iskraut'schen Versammlung eingeladen, hatte sich aber mit seiner Thätigkeit als Mitglied des Landtags entschuldigt. Iskraut änderte daraufhin das ursprüngliche Thema um und wollte am Montag ein anderes Thema behandeln. Er hatte aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Es mochten sich in der beabsichtigten Versammlung etwa 300 bis 400 Bauern eingefunden haben und als Iskraut mit seinem Vortrag beginnen wollte, hinderten die konservativen Bauern Iskraut am Sprechen. Iskraut verachtete sich für einen Augenblick doch Geduld und bemerkte: „Die Bauern sollten ruhig sein, er hätte genug Heu und Stroh, um ihnen das Maul stopfen zu können.“ Nach diesen Worten entstand erst recht eine große Unruhe und schließlich fingen die Bauern an zu fingen. Iskraut ließ von einer Handvoll seiner Anhänger „Heil Dir im Siegerkranz“ anstimmen. Als Iskraut sah, daß nichts zu machen war, vertagte er die Versammlung auf 10 Minuten. Während dieser Pause erhob sich wiederum ein kirchlicher Rabau. Einige Bauern sangen: „Heil Dir im Siegerkranz“, andere: „Im Gruenwald ist Holzauktion“ und wieder andere: „Arbeiter all erwacht“. Als der Rabau immer größer wurde, wurde die Versammlung geschlossen, ob von Iskraut oder den Beamten, wissen wir nicht. Der Iskraut verließ nun, von seinen Betreuen gefolgt, die Deele und stellte sich auf einen — man erschrecke nicht — Mistwagen — und ugte, wie uns berichtet wurde, die Bauern an. Was sich nun zwischen Iskraut und den Bauern abspielte, läßt sich einfach durch die Presse nicht wiedergeben. Die jetzigen hundsgemeinen Redensarten, die gegenseitig gewechselt wurden, lassen sich nicht einmal andeuten. Iskraut verließ schließlich den Mistwagen und nahm auf einem Erdhügel Aufstellung. Er lockte sodann die Bauern nach Act, wie man Gänse lockt, mit den Worten: „Gans komm, Gans komm“ und machte die nötige Geberde dazu. Es ist am Rande selbstverständlich, daß Iskraut mit Knäueln wie „Grüne Jungen“ etc. nicht hinter dem Berge hielt. Die Bauern protestirten natürlich gegen derartige liebenswürdige Bezeichnungen. Iskraut verließ jetzt den Erdhügel und ging der Mauer zu, welche sich am Grundstücke hinzog. Hier bekam er seine Hiebe. Iskraut hat tüchtig geblutet und wäre es nicht so hell gewesen, so wäre er noch viel schlechter weggekommen. „Nuthig“, wie Iskraut nun einmal ist, rief er schlenkig nach Hilfe und hob schließlich in ein Haus. Die Bauern forderten energisch von den Gendarmen, daß sie Iskraut aus dem Hause holten. Nachdem zerstreuten sich die aufgeführten Bauern unter Hochrufen auf Herrn Abg. Schnatzmeyer. So der Sachverhalt. Was sich Iskraut nicht alles erlauben darf. Ob sich denn die konservative Partei nicht schämt, solche Elemente auf Agitation zu schicken? Es wirkt dies in der That ein sonderbares Licht auf die konservative Partei. Eine Partei, die derartige Personen benötigt und hätscht, um Anhänger für ihre Sache zu werben, mit der kann es nicht gut bestellt sein. Nur so fort und bald wird jedermann im Lande wissen, was er von dieser Partei zu halten hat. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Gegenüber diesem Bericht ist es drollig, wie sich die „Kreuz-Zeitung“ von ihrem Berichterstatter — (Iskraut?) hat dupiren lassen. Sie ließ sich nämlich schreiben, und druckte es gläubig nach, daß „kirchliche und unkirchliche liberale Landleute“ sich 130 Sozialdemokraten herbeigeholt hätten, um in einer von kirchlich-konservativen Männern einberufenen Versammlung wühende Hochs auf den konservativen Abgeordneten Solon Schnatzmeyer und dessen Anhang in der Gemeinde das zum Gendarmen auszubringen.“

Es begreift sich, daß der „Kreuz-Zeitung“ die amüsante Niederlage ihres guten Freundes Iskraut höchst fatal sein muß, aber konnte sie nicht einsehen, daß die Durchsprügel ihrer Schlingens durch konservativen Bauern sich mit der konservativen Sache schon traditionell weit mehr vertragen, als dieser „Sache“ die dumme Lüge näher kann, daß konservativer Bauern die „waterlandlose“, „umstürzlerische“ Sozialdemokratie um werththätige Hilfe angerufen hätten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Von der Eiderfelder „freien Presse“ hat der Redakteur Gewehr das Gefängniß leben verlassen, dafür hat sein Kollege Linzweiler dort auf drei Wochen Aufenthalt genommen, die ihm wegen der Verleumdung eines empfindlichen Mauermeisters zubillirt wurden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 21. April
Spernhaus. Carmen.
Neues Theater. Donna Diana.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Fertinger Theater. Die Braut von Messina.
Leistung-Theater. Heimath.
Wallinrr-Theater. Die Großstadtluft.
Kroll's Theater. A Santa Lucia.
Rehdenz-Theater. Die beiden Champignol.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Pariser Leben.
Thomas-Theater. Der Herzogsmüller.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Der Sieg des Christenthums, oder: Konstantin der Große.
Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Vene.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 20. Male:
Goldlotte.
Singspiel in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannsköld.
Couplets theilweise v. G. Görrs.
Musik von G. Stollens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

American-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Klemm-Edel. Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Instrumentalist Deller.
Unser Helgoland.

Castan's Panopticum.
Große Ausstellung.
Akka - Zwerginnen.
Neue Illusion: Lotoblume.
Andere Illusionen.
Fantoche-Theater.
Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Passage-Panopticum.
Im Theater-Saal:
Neu!
Lebende Bilder.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Neu! Die insigige Neu!
Schwiegermutter.
Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt.
Ausgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft **Diovanie,**
sowie Aufstufen von
12
f. Berlin neuen Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag: Die „Nacht der Finsternis“ für die II. Abth. 409/5

Circus Renz.

(Karlststraße.)
Abschieds-Vorstellung am 2. Mal.
Nur noch 5mal: Ein Künstlerfest.
Freitag, den 21. April,
Abends 7 1/4 Uhr:
Ein Künstlerfest.
Große Ausstattungs-Pantomime.
Neue Einlagen mit überraschenden Licht- u. Wassereffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenchor.
Grosses Brillant-Panorama.
Auerdem: **Mr. James Pills** mit dem Schulpferde **Markir.**
Prinz Carnaval und sein Gefolge, vorgef. v. Dir. Fr. Renz. Cavallerie zu Fuss. **Jon de la rose**, ger. von den Damen **Jrl. Clotilde Hager** und **Miss Edith** etc.
Morgen, Sonnabend: Gala-Vorstellung zum **Benefit** von **Jrl. Oceana** und **Herrn Ernst Renz.**
Sonntag: Zwei Vorstellungen, um 4 Uhr (1 Kind frei): **Die Touristen.** Abends 7 1/2 Uhr: **Ein Künstlerfest.** Bilet-Vorverkauf an der Zirkusstrasse u. beim „Invalidendank“, Marktgrabenstrasse 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Etablissement Moritz.
Morg. Plaz. **Buggenhagen.** Plaz.
Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Vahenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das **Konzert** in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonntag 25 Pf. Gäle für **Veranstaltungen**, Kommerse, Festschichten etc.

Sonnabend, den 22. d. M., findet bei mir ein **Essbretessen** statt, wozu ich alle meine Freunde und Bekannte freundschaftlich einlade. 8441b
Hermann Kreuzmann,
Neue Friedrich-Strasse 66.

Empfehle in meinem **Restaurant** für **Klubs etc. Vereinszimmer.**
große und kleine
Schultheiß-Bier à Glas 10 Pf.
Gute Weisse 20 Pf. 4012L*
Gerichtstr. 2, an der Grenzstrasse.

Bringe den Genossen mein neues Lokal bei Begräbnissen, Ausflügen etc. in empfehlende Erinnerung. Garten mit 2 Kegelbahnen steht zur Verfügung. Ein Klubzimmer habe noch zu vergeben. 40758*
E. Schmidt, Rixdorf, Hermannstr. 23, früher in Loogetow in Sommera.

Zimmerer von Weißensee u. Umg.
Oeffentliche Versammlung
am Sonntag, den 23. April, Vorm. 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Ehrhardt, Langhansstr. 126-127.**
Tages-Ordnung:
1. Gewerkschaftliches. Referent Herr **Böckel.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Deutsch-Wilmersdorf.
Sonntag, den 23. April, Vormittags 11 Uhr,
in **Möller's Volksgarten, Berlinerstr. 40:**
Große öffentliche Volks-Versammlung
für den Kreis Teltow.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Zubeil:** „Die gegenwärtige politische Lage“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zum Provinzial-Parteitag. 4. Verschiedenes. 842/12
Zur Deckung der Unkosten **Teller-Sammlung.**
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Einberufer.

Berlag des „Vorwärts“
Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.
Soeben erschien in unserem Verlage:
Fort mit dem Militarismus!
Ein Mahnwort an die Reichstagswähler gegen die **Militärvorlage.**
32 Seiten 8°. — Elegant gebunden. — Preis 15 Pfennig.
Wir ersuchen die Genossen, für den Vertrieb dieses Schriftchens recht thätig zu sein. Das im Titel angegebene Thema ist darin in eingehender und prinzipieller Weise behandelt. Bei dem aktuellen Inhalt der Broschüre wird dieselbe im bevorstehenden Wahlkampf ihre agitatorische Wirkung ausüben und den Genossen gute Dienste leisten.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages. (Porto extra.)

Unserm **Zigaretten-Frische Osker** Danke zum heutigen **Wiegensfest** ein donnerndes Hoch! 8440b
Die **Aktionäre des Spar-Vereins Spar-Agnes.**
Ob die 2000 bald voll sind?

Dankfagung.
Für die so überaus herzlichen Belebungen der **Reinhold** bei dem Begräbnisse meines unvergessl. Mannes, unseres heissgeliebten Vaters sagen wir allen, und namentlich Herrn **Pastor Seidel** für seine so trostreich an der Gruft uns gespendeten Worte tiefgefühlten Dank. 8442b
Berlin, den 20. April 1893.
Wittve Emilie Wirking
nebst Kindern:
Elise, Willi und Helene Wirking.

Dankfagung.
Sage hiermit allen Freunden, Bekannten und Kollegen, sowie dem Personal der Firma **W. Böhm** für die rege Theilnehmung und reichen Kranzpenden bei dem Begräbnisse meiner lieben Frau meinen herzlichsten Dank. 8436b
Der trauernde Gatte
M. Jarmuszkiwicz.

Dankfagung.
Sage hiermit allen Freunden, Bekannten und Kollegen für die so überaus reiche Theilnehmung und Kranzpenden bei dem Begräbnisse meines lieben Mannes, des Steinmetz **Friedrich Bloeck,** meinen herzlichsten Dank. 8437b
Die trauernde Wittve
Louise Bloeck geb. Alexander,
nebst Kinder.

Montag, den 1. Mai bleibt mein **Hut-Geschäft** von 4 Uhr ab geschlossen. 4071L*

Adolf Febr,
Köpenicker-Strasse 126.
Vereinszimmer,
30 bis 40 Personen fassend, mit Piano noch einige Tage in der Woche zu vergeben.
Paul Altmann,
8434b Neue Hochstrasse Nr. 49.

Mein großer Saal
ist noch einige Sonnabende u. Sonntage im April und Mai zu vergeben.
Reinhold Krösche, Fichtstr. 29
Wer hilft einer armen Wöchnerin, die sehr arm und bedürftig ist? **Mühlauerstr. 33, D. Keller, d. Fr. Krause.**

Achtung!

Adlershof, Köpenid, Johannisthal, Nieder-Schönweide.
Sonnabend, den 22. d. M., Abends 8 Uhr:
Gr. öffentliche Volks-Versammlung
für Männer und Frauen
in der **Borussia-Brauerei, Nieder-Schönweide.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **August Bebel**
über: **Die bevorstehende Auflösung des Reichstags.** 2. Diskussion.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.
842/11 **Heinrich Böfert.**

Große Versammlung
aller Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend
am Sonnabend, den 22. April, Abends 8 1/2 Uhr,
in der **Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-48.**
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Molkrebuhl.**
2. Diskussion. 3. Aufnahme von Mitgliedern. 4. Verschiedenes.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**
Da der Ertrag zur Unterstützung der wegen Majestätsbeleidigung inhaftirten Genossin **Wittwe Köpcke** verwendet wird, bitten wir unsere Genossen und Genossinnen im 6. Wahlkreise, uns mit ihrem Besuche unterstützen zu wollen. — Gäste haben Zutritt. 60/16
Der Vorstand.

Achtung! Große öffentliche Achtung!
Handlungsgehilfinnen-Versammlung
am Freitag, den 21. April, Abends 8 1/2 Uhr.
Genthstraße 22 (früher Norbert).
Tages-Ordnung:
1. Letzter Vortrag der Frau **Kähler** aus Hamburg über: **Beziehungen zwischen dem Ehe- und der Handlungsgehilfin eine Interessengemeinschaft oder ein Interessengegensatz?** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 188/13
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Die Einberuferin.

Achtung! Vergolder! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
aller im **Vergoldergewerbe** besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen
in **Scherrer's Salon, Ansestr. 10.**
Sonnabend, den 22. April 1893, Abends präz. 8 Uhr,
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Lütganon** über **„Max Stirner“.** 2. Diskussion. 3. Wie stellen wir uns zum 1. Mai? 4. Verschiedenes.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein u. Tanz.**
Interesse eines jeden in diesem Gewerbe Beschäftigten ist es, zu erscheinen. Gäste willkommen.
Zur Deckung der Unkosten findet ein Entree von 15 Pf. statt. 858/7
Die Agitations-Kommission.

Tischler-Verein.
Sonnabend, den 22. April, Abends 9 Uhr, **Melchiorstr. 15:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht pro I. Vierteljahr. 2. Bericht über die Bibliothek. 3. Abrechnung vom Ostervergnügen. 4. Unterstützungsgesch. 5. Beschließung des diesjährigen Sommervergnügens. — Ausgabe der **Urania-Billets** zu dem am 7. Mai, Mittags 1 Uhr, stattfindenden Vorstellung.
Die Mitglieder, welche ihre Wohnung verändert haben, werden ersucht, dem Kassirer **Herrn Winter** davon Mittheilung zu machen. 8433b
Das **Quittungsbuch** legitimirt.
Der Vorstand.

Deutscher Tischler-Verein.
Zahlstelle Berlin.
Montag, den 24. April 1893, Abends 8 1/2 Uhr,
bei **Buggenhagen am Moritzplatz:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Abrechnung vom 1. Quartal 1893. Berichterstattung der Delegierten vom Holzarbeiter-Kongress und V. ordentlichen Verbandstag zu Kassel. Diskussion. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
817/20* **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeiner Unterstützungs-Verein der Töpfer Deutschlands. (Filiale Berlin.)
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 23. April, Vorm. 10 Uhr, bei **Herrn Böllig, Neue Friedrichstr. 44.**
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über die Zustände in unserem Gewerbe. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1893. 3. Vereinsangelegenheiten. 328/3
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Begräbnisskasse der Buchbinder. (Verwaltungsstelle Berlin.)
Sonnabend, 26. April, Abends 8 1/2 Uhr, im **Industriegebäude (fr. Norbert), Beuthstr. 19-21:**
Hauptversammlung.
Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Kontrollbericht. 2. Vortrag des Herrn **Dr. med. Böhm**, über: **Lungenleiden und dessen naturgemäße Behandlung.** 3. Verschiedenes. 119/10
Die Ortsverwaltung.

Friedrichsberg.
Große öffentliche Versammlung
für Frauen und Männer
Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr,
im **Reichsgarten, Friedrichsberg, Rummelsburgerstraße.**
Tages-Ordnung:
1. Die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse. Referentin: **Frau Kähler-Hamburg.** 2. Diskussion. 3. Gründung einer Filiale des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins des arbeitenden Volkes für Berlin u. Umgegend. 4. Eventuelle Wahl eines Vorstandes der Filiale.
Um recht zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, ersucht
156/20 **Die Einberuferin.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung vom 20. April 1893. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, Hanauer.

Zur ersten Beratung steht der Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Waarenzeichnungen.

Nach dem Gesetzentwurf können Waarenzeichen in eine Zeichenrolle eingetragen werden, welche beim Patentamt geführt wird. Die Anmeldung ist schriftlich zu bewirken. Die Eintragung des Waarenzeichens gewährt dem Eintrager das Recht, Waaren der angemeldeten Art oder deren Verpackung oder Umhüllungen mit dem Waarenzeichen zu versehen und die so bezeichnete Waare in Verkehr zu setzen. Die bisherigen „Freizeichen“ sollen in Wegfall kommen. Anmeldungen von Waarenzeichen auf Grund des Markenschutz-Gesetzes von 1874 sollen vom 1. Oktober 1893 ab nicht mehr angenommen werden.

Abg. Hammacher (natl.): Die Vorlage bedeutet nach der Meinung der Interessenten einen erheblichen Fortschritt gegen den derzeitigen Zustand der Gesetzgebung auf diesem Gebiete. Der Wunsch nach Zentralisation des Zeichenwesens wird erfüllt, an Stelle der bloßen Anmeldung tritt eine Art Vorprüfungsvorahren. Auch Wörter ohne Verbindung mit einem figurlichen Zeichen sollen geschützt, der Schutz gegen Nachahmung vergrößert werden. Alle diese Vorschläge werden von der Geschäftswelt mit Freuden begrüßt, besonders aber auch der weitere Vorschlag, das mit Geldstrafe von 100 bis zu 3000 M. oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft wird, wer gewisse als Kennzeichen der Waaren eines andern allgemein bekannte Zeichen zum Zwecke der Täuschung im Handelsverkehr verwendet. In einzelnen Punkten wünscht man freilich noch weiter zu gehen. Für die schwierigen Einzelheiten der Vorlage wird Kommissionsberatung nicht zu umgehen sein. Genauer zu prüfen sind die Fragen der Jahrlässigkeit in Bezug auf die Vorschriften dieses Gesetzes und die der Ausstrahlung privatrechtlicher Streitigkeiten über Ansprüche aus diesem Gesetz. Für letztere ist nicht das Reichsgericht, sondern das Patentamt die gegebene Behörde. Ich beantrage die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Schmidt-Eberfeld (Df.): Der Entwurf ist sehr sorgfältig ausgearbeitet worden und verdient alles Lob. Nur in einigen Punkten sind Nachbesserungen zu machen. Die Handelskammern des bergisch-märkischen Industriebezirks machen mit Recht darauf aufmerksam, daß es notwendig sein wird, Zentralstellen für die verschiedenen Industriebezirke einzurichten, welche neben dem Patentamt ein Urtheil über die Zulässigkeit einer gewissen Markenbezeichnung abzugeben haben. Die bisherigen Entscheidungen der Untergereichte in Markenangelegenheiten müssen uns allerdings dahin führen, die Entscheidung dem Patentamt zu übertragen; das Gesetz muß dem entsprechend geändert werden. Unbedingt muß ferner die bisherige Bevorzugung des Ausländers vor dem Deutschen aufhören; auch der Ausländer muß notwendig nach dem vorgelegten Gesetz beurteilt werden, und das um so mehr, wenn die Freizeichen nicht mehr eintragungsfähig sein sollen. Bei dem mangelhaften Schutz, den die Deutschen vor den ausländischen Gerichten fänden, muß gerade bei dieser Gelegenheit eine größere Sicherstellung des deutschen Gewerbetreibenden vor dem unlauteren Wettbewerb des Ausländers angestrebt werden; es muß also bestimmt werden, daß ausländische Waaren, welche gegen die Vorschriften dieses Gesetzes verstößen, konfisziert werden können. Steht die Organisation unserer Zollbehörden der Ausführung dieses Gedankens entgegen, so muß diese Organisation schleunigst geändert werden, denn das deutsche Gewerbe hat ein Recht auf einen solchen Schutz, während das Gesetz dieses nur dann gewähren will, wenn deutsche Waaren im Auslande der Verpflichtung unterliegen, eine Bezeichnung zu tragen, welche ihre deutsche Herkunft erkennen läßt. Wir können das Gesetz gar nicht scharf genug machen, denn weit über den Inhalt dieser Bestimmung der ausländischen, speziell der englischen Gesetzgebung, hinaus wird durch eine geradezu nichtswürdige Auslegung derselben die deutsche Waare in England benachteiligt. Gerade gegen die deutsche Waare verhält man sich in England am allerindifferentesten, und da kann uns keine Rücksicht auf diplomatische Beziehungen abhalten, so energisch wie irgend möglich einem solchen Verfahren gegenüber zu treten. Die deutschen Waaren werden wegen anständiger Zeichen in England einfach konfisziert und zum Besten der Beamten des Zollhauses veräußert, während amerikanische nur zurückgeschickt werden. Gegen die böswillige Auslegung nützt auch die Verurteilung auf den Handelsvertrag von 1865 nichts. Eine billige Behandlung unserer Erzeugnisse ist nur dadurch zu erlangen, daß wir den Herren mit gleicher Münze heimzählen. Bei fernerhin mit dem Auslande abzuschließenden Verträgen über Patent- und Markenschutz muß die Reibegünstigung auf alle Fälle verlangt und die differenzielle Behandlung zurückgewiesen werden. Die Begründung erkennt ja auch in gewissen Fällen die Nothwendigkeit einer Markenretorsionsmaßregel an; sie will aber nicht gelten lassen, daß es sich in England in der That nur um einen unaufrichtigen Kampf gegen die deutsche Konkurrenz handelt. Hier kann es nur heißen: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Das ist das einzige Mittel, die deutschen Waaren zu schützen; die Exporteure in England müssen erst einmal an ihrem eigenen Geldbeutel erfahren, wie die Maßnahmen Englands gegenüber den deutschen Waaren wirken.

Abg. von Vuol (Df.) wirft einen Rückblick auf die Entwicklung dieser gesetzgeberischen Materie, erkennt gleichfalls in dem vorgelegten Gesetzentwurf einen Fortschritt und spricht sich mit dem Vorredner für Kommissionsberatung aus. Der Hauptforderung des deutschen Kaufmanns und Gewerbetreibenden, daß die Freizeichen aus der Zeichenrolle verschwinden, komme der Entwurf in dankenswerther Weise entgegen.

Direktor im Reichsamt des Innern Nieberding: Wenn es durch die Ausführungen der sämtlichen Redner leise hindurchklingt, daß die Vorlage viel Zeit gebraucht hat, um an den Reichstag zu gelangen, so ist darauf zu erwidern, daß allerdings gut Ding Weile haben will und daß es einer langen Erfahrung bedurfte, um die reformbedürftigen Punkte der bisherigen Gesetzgebung genau zu erkennen. Daß die Gerichte nicht sachkundig genug sind, für die Entscheidung von Klagen auf Grund dieses Gesetzes, kann ich nicht zugeben. Diese Klagen beim Patentamt zur Entscheidung zu bringen, würde große Schwierigkeiten haben. Ebenso wenig würde es zweckmäßig sein, dem Patentamt, nach dem Vorschlag des Abg. Schmidt, gewisse Zentralstellen an die Seite zu setzen, welche für die Beurtheilung von Waarenzeichnungen zuständig sein sollen; was die bergischen Industriellen verlangen, könnten alle beliebigen anderen Kategorien von Gewerbetreibenden ebenfalls verlangen und es würde dann die alte, von allen Seiten abgelehnte Zentralisation wieder vorhanden sein. Was die Frage der Behandlung der deutschen Waaren im Auslande betrifft, so halten die verbündeten Regierungen die Vorschriften, die der Entwurf in § 20 giebt, für vollständig hinreichend. Der Abg. Schmidt hat allerdings den thatsächlichen Zustand der Behandlung ausländischer Waaren in England richtig geschildert; was er vorgebracht hat, deckt sich mit den Ergebnissen unserer amtlichen Erhebungen. Aber es läßt sich nicht behaupten,

daß der deutsche Import schlechter als der französische und jeder andere in England behandelt wird. Es erscheint dringend wünschenswert, den Entwurf noch in dieser Session zu verabschieden und die verbündeten Regierungen können daher den Reichstag nur um Beschleunigung der Beratung bitten.

Abg. Dulich (Df.) äußert sich gleichfalls überwiegend zustimmend zu der Vorlage; seine Partei sehe derselben freundlich gegenüber. So eingehende Ausführungen, wie sie der Abg. Schmidt gegeben habe, gehörten ihrer ganzen Natur nach mehr in die Kommissionsberatungen; wenn er (Redner) also diesem Beispiele nicht folge, werde er sich den Dank des Hauses verdienen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Für die Kommission würden auch 14 Mitglieder genügen.

Abg. Goldschmidt (Df.): Nachdem man beim Patentgesetz die Streitigkeiten in Patentsachen dem Patentamt zugewiesen hat, muß konsequenter Weise bezüglich der Waarenzeichnungen ebenso verfahren werden. Streitigkeiten in Patentsachen sind doch nicht weniger privatrechtlicher Natur als solche in Waarenzeichnungsangelegenheiten. Die Bekämpfung der concurrence déloyale wird durch das Gesetz wesentlich erleichtert. Nur haben die Weinbändler immer noch Bedenken gegen den § 15, welcher die Anwendung eines Namens zu dem Zweck, über die Beschaffenheit und Werth der Waaren einen Irrthum zu erzeugen, unter Geldstrafe bis zu 5000 Mark und Gefängnis bis zu 6 Monaten stellt. Ihre Bedenken sind auch durch den Nachsatz nicht gehoben, der dem § 15 zugesetzt ist, wonach die Verwendung von Namen, welche nach Handelsgebrauch zur Benennung gewisser Waaren dienen, ohne deren Herkunft bezeichnen zu wollen, nicht unter diese Bestimmung fallen soll. Die weitere Erörterung dieser Frage wird in der Kommission zu erfolgen haben.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgen die Abstimmungen über den § 302a und den Art. 4 der Wuchergesetznovelle. § 302a wird mit beträchtlicher Mehrheit angenommen.

Artikel 4 wird in namentlicher Abstimmung mit 181 gegen 88 Stimmen angenommen.

Abg. Mintelen hat folgenden Zusatz zu dem Kommissionsbeschlusse als Artikel 5 vorgeschlagen: Der Landesgesetzgebung bleibt es überlassen, besondere Bestimmungen zur Verhütung und Bekämpfung des Wuchers bei dem Handel mit Vieh, bei der Viehpacht und bei dem Handel mit ländlichen Grundstücken zu treffen.

Geheimrath Dungs vom Reichs-Justizamt hat gegen diesen Antrag juristische und Kompetenz-Bedenken. Es sei bedenklich, dem Einzelstaate so weitgehende Befugnisse auf diesem Gebiete einzuräumen.

Abg. v. Bar (Df.) hält den ganzen Antrag für überflüssig, während

Abg. Graf v. Spenbrock (Df.) vom Standpunkt der Praxis und Erfahrung den Antrag empfiehlt. Man dürfe eine solche Frage nicht schoblonistren.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Abg. Mintelen schädigt durch seinen Antrag das Wuchergesetz auf das allerempfindlichste. Wenn Sie Spezialbestimmungen über den Handel mit Vieh, mit ländlichen Grundstücken u. s. w. treffen, werden viele Richter diesen Handel durch das vorliegende Gesetz nicht getroffen wissen wollen, und so würde der Wucher nicht beschränkt, sondern begünstigt. Das Rechtsbewußtsein des Volkes kommt in einer Massenvertretung auch nicht annähernd so zum Ausdruck wie im Reichstag. Zur wirksamen Verhütung des Wuchers ist die Reichsgesetzgebung besser geeignet als die Landesgesetzgebung. Wenn uns Abg. Mintelen hier solche zweckentsprechenden Bestimmungen vorlegt, werden wir sie mit Freuden annehmen.

Abg. Mintelen amendirt seinen Antrag dahin, daß es heißen soll statt „besondere Bestimmungen zur Verhütung u. s. w.“ „weitergehende Bestimmungen“ u. s. w.

Abg. von Marquardsen (ntl.) bittet den Abg. Mintelen mit Rücksicht auf die erhobenen juristischen Bedenken seinen Antrag zurückzuziehen.

Abg. von Kardorff hält den Antrag sachlich zwar für berechtigt, bittet aber den Antragsteller aus formellen Gründen, seinen Antrag zurückzuziehen.

Abg. Bödel (Antisemiten) tritt für den Antrag ein. Mit ländlichen Grundstücken sollte überhaupt nicht gehandelt werden. Ländliche Grundstücke seien nicht gleichwerthig mit alten Kleidern. In Bezug auf den Viehwucher könne er aus seiner heftigen Heimath zahlreiche Fälle anführen. Die heftige Regierung habe zwar eine Enquete veranstaltet, natürlich habe dieselbe von der Seite der Einstellung von Vieh nichts bemerkt; während man im Elsaß zum Schutz gegen das Einkitteln ein besonderes Gesetz erlassen habe. Auch im Viehhandel herrschten arge Mißstände. Es müßte namentlich der Verkauf gegen Währschaft abgeschafft werden. In andern Ländern kämen solche Verräthe mit Vieh nur vereinzelt vor. Bei uns sei der Viehwucher sehr natürlich, denn die Viehhändler seien ja Juden. Er werde mit seinen antisemitischen Freunden für den Antrag stimmen.

Abg. Mintelen bittet für heute seinen Antrag anzunehmen, man könne ja zwischen der zweiten und dritten Beratung die Bedenken beseitigen.

Abg. Stadthagen: Es scheint als ob Herr Bödel nur den von Juden geübten Wucher treffen will; dafür bin ich absolut nicht zu haben (Peiterkeit); ich bin gegen den Wucher in jeder Form, mag er von Antisemiten oder Juden oder Muhammedanern geübt werden. Die Religion hat mit dem Wucher nichts zu thun. Wer ist denn überhaupt für Herrn Bödel ein Jude? Soll etwa nur der Name maßgebend sein? Also Wiederemann oder Sonnenberg? Uebrigens haben die Antisemiten bei der Kommissionsberatung gefehlt und auch sonst keinen neuen Gedanken für dasselbe beigetragen. Durch Reden wie die Bödel's fördern sie dies Gesetz nicht.

Die Diskussion wird geschlossen.

Abg. Bödel will sich vorher zum Worte gemeldet haben, seine Meldung ist auf dem Bureau nicht bemerkt worden. Er behält sich vor, auf die Angriffe Stadthagen's bei der dritten Lesung zu antworten.

Der Antrag Mintelen wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Berichte der Geschäftsordnungs-Kommission, Antrag Stadthagen, betreffend Einleitung des Strafverfahrens gegen ihn, Einführung des Gerichtsverfassungsgesetzes für Belgien.)

lieber Sangerhans, daß er nach gründlicher Erörterung zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß man einstweilen alles beim Alten lassen sollte. Dem entsprechend stelle der Ausschuss anheim, diese Angelegenheit für erledigt zu erklären.

Die Versammlung beschließt demgemäß ohne Debatte.

Die Protokolle über die Verhandlungen des Ausschusses zur Vorbereitung der Vorlage, betreffend die Umgestaltung des Schlossplatzes und eines Theiles der Königstraße liegen vor. Der Ausschuss hat drei Sitzungen abgehalten. Bekanntlich hatte die Magistratsvorlage, ohne sich irgendwie über den Kostenpunkt anzulassen, von der Versammlung die prinzipielle Zustimmung zur Ausführung des Projekts B verlangt, wonach die Häuser am Schlossplatz 7-16 angekauft und diese Grundstücke freigelegt werden sollen, ferner die Verbreiterung der Königstraße auf der Südseite (das Projekt A sucht die Verbreiterung auf der Nordseite zu erreichen) und zwar dergestalt durchzuführen will, daß von der Kurfürstenbrücke bis zur Poststraße das Parterregeschoß der „Alten Post“ in einen Arkadengang als Bürgersteig verwandelt werden soll, während von der Post bis zur Spandauerstraße die Bluthlinie entsprechend zurückverlegt wird.

Im Ausschusse ist zunächst von neuem auf die Vorlegung einer detaillirten Kostenrechnung gedrungen worden. Nach den hierauf von den Magistratskommissionen gemachten, auf Schätzung beruhenden Angaben sollte sich das Erforderniß auf nur 3 112 750 M. belaufen, wobei die Kosten für den Terrain-erwerb auf dem Schlossplatz mit 2 074 000 M. veranschlagt waren. Von allen Seiten ist die Richtigkeit dieser Schätzung bezweifelt worden. Auch wurde beschloffen, daß die Verbreiterung der Königstraße eine unbedingte Nothwendigkeit sei, und ferner wurde darauf hingewiesen, daß aus der Niederlegung der Häuser zwischen Breitenstraße und Kurfürstenbrücke eigentlich nur das Schloß und das Marstallgebäude Vortheil hätten und daß somit das Hausministerium um einen nennenswerthen Beitrag angegangen werden müßte. Wer die Kosten für die Ausführung der Schlüter'schen Fassade des Marstallgebäudes tragen sollte, sei auch unklar. Das Schloßterrasseprojekt scheint ebenfalls noch keineswegs endgiltig beseitigt. Unbedingt müsse ferner die Weiterführung der Pferdebahn von der Spandauerstraße bis zu den Weisen auf dem Schlossplatz mit diesem Projekt verflochten werden, da sonst wahrscheinlich die Gelegenheit hierzu nie wiederkehren würde. Für den Kolonnadenbau auf der „Alten Post“ konnte man sich auch nicht begeistern, man sah hier den ehemaligen Mühlenstamm wieder auflieben und sprach offen die Vermuthung aus, daß dieses Kolonnaden-Projekt ebenso wie die bloße Festsetzung einer Ausfalllinie für den Theil der Königstraße bis zur Spandauerstraße ohne die gleichzeitige Niederlegung der betr. Häuser nur ein Nothbehelf sei, um die Kostensumme nicht höher veranschlagen zu müssen. Endlich wurde auch ein Kostenanschlag für die Verbreiterung auf der Nordseite der Straße verlangt.

Auf alle diese Einwendungen haben die Magistratsvertreter sich dahin geäußert, daß die Verbreiterung auf der Nordseite mit Rücksicht auf die Gebäude der Reichspost ausgeschlossen sei, daß also, wenn man die Brücke um 2 Meter verbreitern wolle, dies Stromaufwärts geschehen müsse. Dadurch werde die Verbreiterung der Königstraße auf der Südseite und die Beseitigung der Häuser am Schlossplatz bis zur Breiten Straße bedingt. Wenn auch eine Verschönerung des Schlosses als Folge der Ausführung des Projekts bis zu einem gewissen Maße zuzugestehen sei, so habe doch die Stadt niemals bei Straßenverbreiterungen oder Anlage von Plätzen die Adjazenten zu Beiträgen herangezogen; dadurch, daß zufällig das Schloß Adjazent sei, dürfe man sich nicht beirren lassen. Die Terrassenfrage werde nicht wieder auftauchen; jedenfalls stehe sie, daß ohne Genehmigung der städtischen Behörden die Anlage von Terrassen auf dem der Stadt gehörigen Straßenterrain nicht möglich sei, denn das Schloß sei nicht, wie neuerdings behauptet worden, ein selbständiger Grundbesitz, sondern ein gemeindefreies Grundstück. Gegen ein Wieder-aufleben des Mühlenstammes in den Kolonnaden der „Alten Post“ werde der Magistrat sicher Vorkehrungen treffen. Mit den Grundstücksbesitzern habe der Magistrat noch nicht verhandelt, weil davon ein greifbares Resultat doch nicht zu erwarten sei.

Auf den Beschluß des Ausschusses, den Magistrat 1. um genaue Kostenberechnungen zu ersuchen; 2. ihn um Auskunft darüber zu ersuchen, ob mit dem Hausministerium über einen Beitrag verhandelt sei oder werden solle, und ob die Genehmigung für die Pferdebahn erteilt werden würde; 3. ihm mitzutheilen, daß eine Feststellung der Forderungen der Grundbesitzer durch direkte Verhandlung mit denselben für nothwendig erachtet werde, hat der Magistrat als solcher einzugehen abgelehnt, da es sich nur um Ausschussanträge handle, die die Zustimmung der Versammlung noch nicht gefunden hätten. Er theilt lediglich eine Berechnung der Kosten mit, die bei der Anwendung des Entschlusses vorläufig voraussichtlich entstehen werden. Danach betragen u. a. die für die Häuser am Schlossplatz zu zahlenden Summen nur 1 621 620 M. Eine Verhandlung mit dem Hausministerium sei nicht erfolgt noch beabsichtigt. Der Weiterführung der Pferdebahn werde nach der Verbreiterung der Königstraße ein Hinderniß wohl nicht mehr im Wege stehen.

Da dem Ausschuss diese Auskunft nicht genügt, beschloß er am 22. März seine Anfragen an den Magistrat, abgesehen von der Kostenberechnung, zu wiederholen und die Beschlußfassung über die Vorlage bis nach erteilter Auskunft auszusetzen. In der nächsten Ausschusssitzung am 12. April wurde ein Schreiben des Magistrats vom 24. März verlesen, in welchem es heißt, „daß er Anstand nehmen müsse, dem in jenen Beschlüssen zum Ausdruck gekommenen Ersuchen zu entsprechen, da dasselbe nur auf Beschlüssen eines Ausschusses der Stadtverordneten-Versammlung und nicht auf Beschlüssen dieser Versammlung selbst beruhe, und weil in jenem Ersuchen nicht bloß Auskunft über Thatsachen verlangt werde, sondern Beschlüsse des Magistrats nothwendig werden würden.“

Es wurde aber zugleich in dieser Sitzung von inzwischen eingetretenen „thatsächlichen Momenten“ folgendes mitgetheilt:

Aus dem Zivilkabinett des Kaisers sei zur Kenntniß des Magistrats gekommen, daß Seine Majestät, nachdem er aus den öffentlichen Blättern Nachricht von den Beschlüssen des Ausschusses erhalten habe, sich ungefähr in dem Sinne geäußert habe, er müsse sich wegen einer Beihilfe in Land oder Geld zur Verbreiterung des Schlossplatzes durchaus ablehnend verhalten; die Krone habe davon keinerlei finanziellen Vortheil, es seien ihr umgekehrt die Kosten der Herstellung der Marstallfassade zur Last. Wegen der Pferdebahn wolle er den zuständigen Behörden, denen die Sorge für den Verkehr obliege, nicht vorgreifen; was aber seine Person anbetreffe, so würde er der Durchführung der Pferdebahn auf der Südseite des Schlossplatzes keinerlei Schwierigkeiten entgegenzusetzen und, wenn sonst keine behördlichen Anstände sich fänden, sie genehmigen.“

Der Polizeipräsident hat eine vorläufige Erklärung dahin abgegeben, daß im Falle der Durchführung der Verbreiterung der Königstraße und vorbehaltlich der Vorlegung des Spezialprojektes auch seinerseits gegen den Betrieb einer zweigleisigen Pferdebahn durch die Königstraße keine Einwendungen erhoben werden würden.

Die Mehrheit des Ausschusses glaubte, so werthvoll auch diese Mittheilungen seien, an den gestrigen Beschlüssen festhalten

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung von Donnerstag, 20. April, Nachmittags 5 Uhr.

Der Stadtv. Herrmann ist gestorben. Die Versammlung ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sitzen.

Der Ausschuss zur Vorbereitung einer anderweitigen Organisation der Kanalisationsdeputation berichtet durch den Vor-

zu müssen; nachdem der Magistrat formell abgelehnt habe, dem Vorschlag Zustimmung zu geben, müsse die Versammlung ihrerseits die Anträge an den Magistrat richten. Der Ausschuss lehnte den Antrag, die Frage des fiskalischen Beitrags durch die Erklärung der Magistratsvertreter für erledigt anzusehen, mit 7 gegen 6, den gleichen Antrag bezüglich der Pferdebahn mit 6 gegen 6 Stimmen ab und empfiehlt der Versammlung,

I. den Magistrat zu ersuchen: a) mit dem königlichen Hausministerium oder dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten darüber in Verhandlung zu treten, welchen Beitrag, sei es in Geld, sei es durch Abtretung einer zur Bebauung geeigneten Fläche des Markplatzes, dieselben für den Fall der Freilegung des Schlossplatzes gemäß der Magistratsvorlage der Stadtgemeinde zu gewähren bereit sei; b) sich bei den zuständigen Behörden darüber zu vergewissern, ob im Falle der Annahme der Magistratsvorlage die Genehmigung zur Durchführung der Pferdebahn Rathhaus-Schlossplatz erfolgen werde; c) mit den beteiligten Eigentümern in Verhandlung zu treten über den Preis der zu erwerbenden Grundstücke, und zwar am Schlossplatz und an der Nord- und Südseite der Königsstraße, letzterer a) unter Verlegung der Kolonnaden von Burg bis Poststraße, b) unter Befreiung der alten Post nach der projektierten Passiralinie, c) unter Festsetzung der Baufluchtlinie von Post- bis Spanbaustraße, d) unter Abbruch der Häuser auf letzterer Strassenbreite.

II. Die Beschlußfassung über die Vorlage bis zur Erteilung der Auskunft des Magistrats aussetzen.

Nachdem der Berichterstatter Hält die Hauptpunkte des Berichts recapituliert hat, bemerkt in der Diskussion

Stadtv. Frenzel: Aus den Verhandlungen des Ausschusses geht doch hervor, daß für die Vorlage eine gewisse Zustimmung vorhanden ist, sonst hätte er doch die Ablehnung der Vorlage beantragen müssen. Es werden aber drei Punkte zur näheren Erörterung gestellt, und das ist doch nicht etwa deswegen geschehen, um auf einem Umwege zur Ablehnung zu kommen. Ganz natürlich fragt man bei einer so kostspieligen Anlage nach dem Kostenpunkte; aber Berlin kann sich auch in dieser Hinsicht etwas leisten, wie es sich beim Viktoria-Parc etw. 23 Millionen gekostet hat, nämlich den Wasserbau, der gesundheitslich nicht nöthig war und dessen Kosten in die Millionen gingen. Ungeheuerlich kann es also nicht erscheinen, wenn eine ähnliche Summe für den Hauptplatz der Stadt verwendet wird. Die Feststellung, welche der Magistrat gemacht hat, zeigt, daß nur 3 bis 4 Millionen für das Ganze notwendig sein werden. Der Ausschuss verlangt nun, es soll mit den einzelnen Eigentümern verhandelt werden. Wir wissen doch aber, daß für das Enteignungsverfahren maßgebend ist, was durch die Sachverständigen festgestellt ist. Höhere Summen können also gar nicht herauskommen, als wie sie uns durch den Magistrat angegeben sind. Eine direkte Verhandlung kann nur die einzelnen Eigentümer ansprechen, recht hohe Summen zu fordern (Zustimmung und Widerspruch); es werden einfach maßlose Summen herauskommen. Die Nothwendigkeit der Erörterung der beiden andern Punkte muß ebenfalls bestritten werden. Die Vorlage bei dem Könige ist nutzlos. Ein rechtlicher Anspruch an die Krone besteht nicht. Auch beim Viktoria-Parc hat kein Mensch geirrt, ob die Adjazenten auch etwas gegeben werden. (Lebhafte Zwischenrufe.) Der König hat bereits erklärt, daß er einen bestimmten Beitrag zu den Kosten nicht geben würde. Jetzt nochmals eine Antwort von der Krone zu fordern, ist doch der letztere kaum würdig. Und was soll der Minister der öffentlichen Arbeiten? Der vertritt den preussischen Staat. Wollen wir von dem Staate etwas haben? Dann würden wir denen recht geben, die Berlin als den Wasserkopf der Monarchie bezeichnen, der alles aufsaugt. (Gelächter.) Auch in der Pferdebahnfrage ist ja sachlich bereits alles entschieden. (Beifall.)

Stadtv. v. Barth: Meine Freunde haben Recht gehalten mit ihrer Stellungnahme in der ersten Sitzung, daß man sich auf das Projekt mangels jeder Uebersicht über den Kostenpunkt überhaupt nicht einlassen durfte. Die Kommission ist ungefähr zu demselben Resultate gekommen. Es handelt sich hier nicht um eine Anlage, die man als notwendig bezeichnen möchte (Widerspruch), sondern um eine Verschönerungs-Anlage (Widerspruch). Zwischenrufe: Brücke! Die Brücke hat direkt mit der Verschönerung des Schlossplatzes nichts zu thun; ihr Umbau und Ausbau kann ohne den Schlossplatz vorgenommen werden. Bei jedem Gegenstande aber, der in erster Linie Verschönerungszwecken dient, ist der Kostenpunkt vor allem zu erwägen. Die Kommission war deshalb verpflichtet, sich soviel wie möglich zu orientiren. Das Pleum kann nun doch unmöglich die Kommission desavouiren. Wir beantragen namentlich die Abstimmung über Punkt A des Kommissionsantrages, dessen Annahme wir für unentbehrlich halten, während uns die Annahme der beiden anderen Punkte weniger wesentlich erscheint. Auf einen Beitrag der Krone haben wir sicher nicht zu rechnen. Und was die Pferdebahn betrifft, so werden die entscheidenden Behörden nicht zu zwingen sein, eine bestimmte Erklärung abzugeben. Um so notwendiger ist die Verhandlung mit den Besitzern. Man muß wissen, was gefordert werden wird, um einen ungefähren Anhalt zu haben, was bei der Expropriation wirklich nachher zu zahlen sein wird. (Widerspruch und Zustimmung.) Mit Gehirnräubererei ist hier gar nichts mehr zu machen. Man muß möglichst klar und deutlich sehen, und deshalb müssen wir den bezeichneten Antrag annehmen.

Stadtrath Voigt: Die Vorlage ist entstanden dadurch, daß das Brückenprojekt nicht die Genehmigung der Staatsbehörden gefunden hat, sondern bestimmte Bedingungen an diese Genehmigung geknüpft worden sind. (Zwischenrufe: Und der Vertrag mit den Behörden?) Dem Magistrat kann doch nicht daran liegen, mit einem so wichtigen Unternehmen, wie den Brückenbau, den Abschluß der Spreeregulirung, im Rückstand zu bleiben. Daher ertheilt die Vorlage die jetzige Gestalt. Die gegebenen Zahlen beruhen auf sehr genauen Schätzungen von Sachverständigen; übrigens ist jede Schätzung anfänglich. Vom Hülfs ist hier überhaupt nicht die Rede; es handelt sich nur um ein Stück des Kronplatzes, um das Markplatzgebäude. Aus Staatsmitteln einen Beitrag für Berlin zu erlangen, das wird man hier wohl einstimmig bei der Stellung des Landtags zu solchen Fragen für unmöglich halten. Auch den Minister des königlichen Hauses anzugeben, liegt keine Veranlassung, ja für den Magistrat gar keine Berechtigung vor. Die vorgeschlagene Umgestaltung des Bebauungsplanes der Stadt Berlin ist allerdings nicht bloß eine Nothwendigkeit, sondern sie erstreckt auch eine Verschönerung der Stadt. Sie haben bei Ihren Beschlüssen zum Bebauungsplan noch niemals eine bloß auf das Nothwendige zugeschnittene Stadt im Auge gehabt. Ich erinnere nur an die Straße Unter den Eichen, die für Berlin in keiner Weise eine Nothwendigkeit ist. Die Niederlegung der Gebäude am Schlossplatz ist keine Erfindung der jüngsten Lage, sondern sie war schon früher angeregt worden und wird auch nicht von der Tagesordnung verschwinden, ob Sie die Vorlage jetzt annehmen oder nicht. Wir haben diesmal, wo die Sache sehr an dem Ministerium angeregt ist, sehr viel Entgegenkommen bei allen Behörden gefunden, so namentlich bezüglich der Pferdebahn. Mehr als in dieser Beziehung zugesagt worden ist, ist für jetzt schon mit Rücksicht auf das Kleinbahn-Gesetz, nach welchem hinfort die KonzeSSIONen ertheilt werden, nichts zu erreichen. Dem Magistrat wird mit den betreffenden Anträgen etwas Unmögliches zugemuthet. Verhandeln mit den Eigentümern hat keinen Zweck, solange der Magistrat ihnen nicht sagen kann, daß die Sache jetzt gemacht werden soll. Ein Beschluß im Sinne des Ausschusses würde lediglich ein Werk von großer Wichtigkeit hinauschieben.

Stadtv. Gertb hält dafür, daß schon im Interesse der Hebung des gänzlich darniederliegenden Ostens und Nordostens der Stadt die Königsstraße zu einer wirklichen Verkehrsstraße ge-

macht werden müsse. Eine Verdrößerung dieser Straße sei daher eine unbedingte Nothwendigkeit. Komme man ferner jetzt mit der Spreeregulirung nicht weiter, dann seien die Millionen, welche man aus dem Stadtschatz für die Erleichterung des Verkehrs auf dem Wasserwege angewendet habe, verloren. Die zahllosen Lebensfragen, welche man im Ausschusse aufgeworfen habe, wie die Terrassenfrage, hätten mit der Sache selbst gar nichts zu thun. Das Verlangen, die Krone solle einen Beitrag leisten, sei ungebührlich und habe geradezu etwas Verlehdendes, weil man sonst noch niemals die Adjazenten herangezogen habe. Der Zug nach dem Westen sei kein zufälliger; das Rathhaus liege schon längst nicht mehr im Mittelpunkte, sondern weit an der Peripherie. (Heiterkeit.) Der Osten gehe immer mehr zurück, in der Landbergerstraße sehe man fast nur noch Anwerkwirtschaften. Nach den heutigen verbindenden Erklärungen des Magistrats seien die Anträge sämmtlich hin-fällig geworden. (Lebhafte, theilweise ironischer Beifall.)

Stadtv. Singer: Ich kann mich nicht herbeilassen, eine für die Allgemeinheit Berlins so wichtige Frage nach Bezirksinteressen zu entscheiden, wie der Vorredner. Es zielt ihn ja, daß er so warm für die Vorlage eintritt; aber er würde auch die Interessen des Ostens wahrnehmen, wenn er wie ich die Vorlage ablehnen würde, weil sie unter den heutigen Verhältnissen den Steuerzahlern ein unerträgliches Opfer zumuthet. Zugaben kann man, daß die Frage außerordentlich wichtig ist, aber in den Vordergrund müssen doch die Gesichtspunkte gestellt werden, welche mit der finanziellen Lage Berlins im Zusammenhang stehen. Bei der Stadtberatung ist beifällig geäußert worden um das Maß der Erhöhung der Einkommensteuer. Man hat etwa 1/2 Millionen abgegriffen, bloß um nicht auf 100 pSt. Kommunalsteuer zu kommen; man hat sich energisch der Ermäßigung der Gaspreise widersetzt. Man kann also einer Vorlage gegenüber, welche über Millionen disponirt, nicht gleichgültig bleiben. Ich bin für die Anträge des Ausschusses nur, weil ich sie für das kleinere Uebel halte und hoffe, daß ihre Annahme den glühenden Schlossplatz-Chauvinismus eines Theils der Versammlung etwas abkühlen wird. Was nützt es, hier immer von lokalpatriotischen Erwägungen zu sprechen! Es kommt doch immer darauf an, zu welcher Zeit man dazu schreitet, für die Verschönerung Berlins Millionen-Projekte zu verwirklichen. Bei der Erhöhung der städtischen Lasten um 2 Millionen für das Polizeistatutgesetz, bei der in Aussicht stehenden weiteren Belastung durch die Einverleibung der Vororte ist es unzulässig, einige Millionen nur der bloßen Niederlegung einiger Häuser auf dem Schlossplatz willens auszugeben. Der Magistratsvertreter erlaubt mir wohl den Hinweis, daß auf das Projekt A vom Magistrat aufgestellt ist und daß ein Vertrag mit der Staatsregierung über die Herstellung der Markplatzbrücke besteht. Es hat fast den Anschein — ich behaupte das nicht —, als ob die Vertreter des Magistrats sich mehr als die Vertreter des Hausministeriums, als der Bürgerschaft fühlen (Große Unruhe und Lärm). Die Spreeregulirung wird keineswegs verzögert, wenn die Stadt nicht auf diese Pläne eingeht. Ich kann nicht alle zwei Jahre neuen Projekten zustimmen, weil der Stadtbaurath Hördrecht seine Projekte nach zwei Jahren nicht mehr so schön findet als früher und kostspieligere ausstellt. Was die Frage des Vertrags der Krone betrifft, so hat auch für mich der Antrag keinen Werth mehr. Ich würde nur für Konsequenzen halten, wenn nach die ganze Vorlage pure abgelehnt. Die Anregung zu dem ganzen Projekt ist doch von der Krone ausgegangen; dieser Umstand allein berechtigt uns schon, die Sache für sich allein und ohne Rücksicht auf sonstige Gepflogenheiten zu behandeln. Andererseits werden durch die geplante Verschönerung die der Krone gehörigen Grundstücke erheblich werthvoller, und bekanntlich jählt die Krone, trotzdem sie über ganz erhebliche Einnahmen verfügt, keine Einkommensteuer. Es kommt also hier die in die Verschönerung seitens der Stadt hineingesteckte Summe der Stadt nicht wie bei sonstigen städtischen Unternehmungen wieder zu gute. Uebrigens kommt es doch auch vor, daß die Krone sich ihres Besitzes entäußert; es ist nicht ausgeschlossen, daß einmal dieses Markplatzgebäude, das dann an den Schlossplatz grenzt, verkauft wird und in Privatbesitz übergeht. Diese Gesichtspunkte sind doch gewiß wenigstens der Erwägung werth.

Der Viktoria-Parc scheint dem Kollegen Frenzel ein Dorn im Auge zu sein, namentlich aber der dortige Wasserthurm. Dieser Wasserthurm ist wesentlich mit aus hygienischen Gründen beschaffen worden, und namentlich in einer Zeit, wo die Epidemien nicht außerhalb der Möglichkeit liegen, sollten wir uns freuen, eine solche Schöpfung dort errichtet zu haben. Herr Frenzel sollte übrigens den Schloßbrunnen nicht vergessen, der doch auch seine Röhre spendet. (Sehr gut!) Herr Frenzel singt einen Begehrungsplan aus dem Enteignungsverfahre. Das stimmt schlecht zu der sonst von ihm vertretenen Meinung, daß das Enteignungsverfahren das letzte sei, was man anwenden müsse, zunächst habe man direkt mit den Eigentümern zu verhandeln. Die Häuser am Schlossplatz werden der Stadt unter allen Umständen eine schwere Menge Geld kosten. Gläubt Herr Frenzel, daß die Vorlage mit 3 bis 4 Millionen gemacht ist? Ja, wenn diejenigen, welche die Vorlage annehmen, in Verbindung mit dem Magistrat die Mehrkosten über die 3 Millionen auf sich nehmen wollten, dann würde die Sache anders liegen. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Zwangslage, in der die Stadt sich angeht befindet, gar nicht existirt, daß die Genehmigung des Projekts A erspart werden kann und daß die finanzielle Lage der Stadt das Eingehen auf ein so kostspieliges Projekt nicht gestattet. Ich stimme für den letzten Theil der Ausschussanträge, weil ich hoffe, daß inzwischen sich die Mehrheit der Versammlung auf sich selbst besinnt. (Zwischenrufe.) Wenn ich hochhaft wäre, könnte ich nur wünschen, daß die Versammlung die Vorlage annimmt: Im November werden Sie die Antwort darauf bekommen! (Stuf: Aha!) Ich würde es im Gegentheil zum Kollegen Gertb der Stadt nicht für würdig erachten, nochmals mit dem Hausminister zu verhandeln, nachdem diese authentische Auskunft und geworden ist. Den Antrag wegen der Pferdebahn nehme ich an, um zu erfahren, ob auch für den Fall des Projekts A die Pferdebahn genehmigt werden wird.

Stadtv. Meyer II: Wie kommt Herr Singer, der doch nach seiner eigenen Aussage nicht hochhaft ist, dazu, den Herren Frenzel und Werth Schlossplatz-Chauvinismus vorzuwerfen, den Magistrat als Vertreter des Hausministeriums hinzuzufügen? (Widerspruch.) Wir treten für die Magistratsvorlage ein aus Rücksicht auf die rein kommunalen Interessen. Es handelt sich um drei geforderte, hochwichtige Angelegenheiten. Absolut nothwendig ist der Brückenbau für die Vollendung eines der größten Werke der Neuzeit, der Verbindung der Ober und der Spree, ein Gegenstand von der höchsten Wichtigkeit ist die Durchführung der Pferdebahn, endlich die Niederlegung der Häuser am Schlossplatz ist eine reine Verschönerungsangelegenheit. Durch das Reskript des Ministers Theilen sind diese Dinge in einander verflochten worden; die Pferdebahn kann nur erlangt werden, wenn auch die anderen beiden Aufgaben im Sinne des Reskripts gefördert werden. Dem Magistrat macht man einen ungerechten Vorwurf, wenn man verlangt, er hätte vorher mit den Behörden und den Eigentümern verhandeln sollen, ehe er sich an die Versammlung wende. Die Verhandlungen mit den Besitzern werden sich als überflüssig und resultatlos erweisen. (Unruhe.) Man braucht ja nur an die Pächterfrage zu denken. Die Ausschussanträge werde ich tanach ablehnen und die Vorlage annehmen. Wir haben es dieudmal mit einer ganz realistischen Angelegenheit zu thun; es sind keine Zwischenpersonen aufzutreten. (Ruf: Ra, na!) Ich empfehle auch Ihnen die Annahme der Vorlage. (Lebhafte Beifall harter Pfiffe.)

Stadtv. v. Wolgemuth kann nicht begreifen, wie man jetzt in einer gewissen Hurra-Stimmung über den Ausschuss hinweg die Vorlage annehmen wolle. Früher habe

Magistrat und Versammlung die Brücke für breit genug gehalten. Sei es Jahrhunderte lang gegangen, ohne die Vortheile für Berlin aus der Spreeregulirung, so werde es wohl noch einige Jahre weiter so gehen. Man stelle jetzt die Königsstraße bis zum Schlossplatz als die Hauptverkehrsader des Innern hin. Das sei unrichtig, diese Hauptlinie sei und bleibe Leipzigerstraße-Mühlendamm-Mollenmarkt. Die Pferdebahn könne sehr wohl auch ohne die Durchführung dieses Projekts angelegt werden. Die Kosten für dasselbe würden nicht 3, sondern 5—6 Millionen betragen, und die vorgeschlagene Verschönerung durch den freien Blick vom Rathhaus auf den Schlossplatz werde nicht einmal Wirklichkeit, da ja die alte Post stehen bleibe und nur Kolonnaden angelegt werden sollen. Der Hinweis auf den Pächterplan sei ganz hin-fällig. Wolle man lediglich die Verkehrsdrückflächen entscheiden lassen, so müsse man die Königsstraße auf der Nordseite verbreitern.

Oberbürgermeister Zelle: Die Werthangaben, welche der Magistrat seinen Berechnungen zu Grunde gelegt hat, sind gemacht von Sachverständigen, welche täglich mit solchen Dingen zu thun haben und deren Aufstellungen wohl Vertrauen verdienen. Es kommen bei den Häusern am Schlossplatz nicht bloß Verschönerungszwecke in Frage, sondern besonders auch Verkehrsinteressen der nothwendigsten und erspriechlichsten Art. Wenn wirklich die Verschönerung in den Vordergrund gestellt wird, so sollten doch gerade Architekten beipflichten, wenn man sagt, in Berlin fehlen schöne künstlerische Fragaden. Von allen Seiten wird das bemängelt. Wenn nun eine solche hingestellt wird an der Stelle, wo das Herz der Stadt seit einiger Zeit immer schwächer pulst, so muß das doch als eine gewisse Stärkung erscheinen. Von miltlicher Finanzlage der Stadt Berlin ist mir nichts bekannt. (Sehr gut! und Widerspruch.) Denn die großen Kosten für die Kommunalisierung werden nicht mehr so dringend, vielleicht gar nicht mehr an uns heran-treten (Zwischenrufe: Sehr bedauerlich!), jedenfalls aber nur in bescheidenem Maße. Der Ausdruck des Kollegen Singer, daß der Magistrat seine Pflichten gegenüber der Stadt den Interessen des Hausministeriums hintenanstellt — was soll man dagegen sagen? (Zwischenruf: Nichts!) Wenn der Kollege Singer in dieser Weise mit uns disputirt, dann werden wir künftig gar keine Antwort mehr geben! (Beifall.)

Es läßt ein Schlußantrag ein. Stadtv. v. Wolgemuth ist der Meinung, daß nachdem ein Magistratsvertreter gesprochen, die Debatte nicht geschlossen werden kann. Stadt-vereordneter Vogtherr weist darauf hin, daß die Schlußanträge bei so wichtigen Debatten fast systematisch angewendet werden, um die Minorität mundtot zu machen, und beantragt über den Schlußantrag namentlich abzustimmen.

Zu der namentlichen Abstimmung wird der Schlußantrag mit 92 gegen 6 Stimmen abgelehnt. (Heiterkeit.)

Stadtv. Scheiding stellt den Austauschvertrag für eine Verleghausauskunft an, durch die man die Entscheidung über die Frage auf Generationen hinaus verschieben würde. Das Schredgespenst der schlechten Finanzlage solle man vorzuführen doch endlich unterlassen. Wenn man sich im Prinzip für die Vorlage erkläre, engagire man sich noch lange nicht für eine ungeahnte Reihe von Millionen; je länger aber das Projekt hinausgeschoben werde, desto theurer werde es der Stadt werden.

Ein Antrag auf Vertagung wird um 8 Uhr 50 Minuten gestellt, vom Stadtv. Meyer I bekräftigt, vom Stadtv. v. Barth bekämpft und von der Versammlung abgelehnt.

Stadtv. Werkenberg hält es nicht für erspriechlich, schon jetzt sich mit der Vorlage prinzipiell einverstanden zu erklären; man müsse bedenken, die noch nicht mit sich über ihre Stellung zur Sache schlüssig werden konnten, doch Zeit lassen. Ob Nord- oder Südseite der Königsstraße, darüber seien die Alten noch keineswegs geschlossen. Ohne Beispiel sei es nicht, daß die Adjazenten zu Terrainabtretungen und Beihilfen herangezogen werden, so bei der Uferstraße am Mühlendamm und bei der Dreißigwälderstraße. Die Pferdebahn könnte bei ihrem materiellen Interesse an der Sache auch materielle Opfer bringen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Stadtv. Spinola beantragt, für den Fall der Ablehnung der Ausschussanträge die Magistratsvorlage nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß die Durchführung der Pferdebahn sicher gestellt wird.

Damit schließt die Diskussion.

Verständlich verwarbt sich Stadtv. Frenkel gegen den Vorwurf Singer, daß er Schlossplatz-Chauvinismus treibe.

Stadtv. Singer bemerkt gegen den Oberbürgermeister, daß er die von diesem zurückgewiesene Bemerkung gar nicht als seine Meinung hingestellt, sondern sich ausdrücklich dagegen verwahrt habe. Uebrigens habe nach der Stadtordnung der Oberbürgermeister die Pflicht, einem Stadtverordneten zu antworten. (Unruhe.)

Die Ausschussanträge werden bezüglich der Pferdebahn mit dem Hausministerium abgelehnt, bezüglich der Verschönerung angenommen, bezüglich der Verhandlungen mit den Eigentümern in namentlicher Abstimmung mit 68 gegen 37 Stimmen ebenfalls angenommen. Die Ausfertigung der Beschlußfassung über die Vorlage selbst wird darauf fast einstimmig beschlossen.

Schluß 1/2 10 Uhr.

Tokales.

Die Berliner Sanitäts- und Straßenpolizei. Wir erhalten aus unserem Leserkreise folgende Zuschrift: Auch ein Zeichen der Zeit bietet das in der Brunnentstraße gelegene Terrain des ehemaligen „Univerfium“. Der mit alten Säumen bepflanzte Garten jenes Lokals, welcher in dieser Gegend gerade der ärmeren Bevölkerung als Erholungsort diente, fiel der Spekulation zum Opfer. Im März 1891 wurde mit einer Schnelligkeit, die kaum zu glauben ist, für die Passage in dem betreffenden Straßentheile sogar lebensgefährlich war, die kleine Kuppe, auf welcher das „Univerfium“ stand, dem Erdboden gleich gemacht. Seit April 1891 liegt das Grundstück „brach“. In diesem Winter hat sich nun auf dem Terrain ein „künstlicher See“ und in dessen Mitte eine „keine Insel“ gebildet, welche der Zummelplatz der dortigen Schulschüler ist. Aus Brettern und Bohlen wird eine „Fähre“ und Stege gebildet, welche die Verbindung der beiden Ufer herstellen. Es herrscht ein fröhliches Treiben auf diesem „Eilande“, bis hin und wieder mal ein Schumann aus der Bildsäule erschrickt. Dann ist die Freude aus! Ueber Röhre und Mauern wird ausgetreten; die „Kleinen“, welche das Kleitern noch nicht „raus“ haben, werden von den Großen einfach über den Jaun geworfen und auf der anderen Seite angefangen. Es kommt auch öfter vor, daß mal einer beim Spiel ins Wasser purzelt. Seit er können laute Hissereien, dann wird der mit den Wellen Ringende von seinen Spielfamern aus Land gezogen. Die Kleider werden sämmtlich ausgezogen und ausgezungen, das Wasser aus den Stiefeln gegossen und der un-freiwillig Gebadete stellt sich in adamißischen Kostüm in die Sonne, zum Gaudium des die Straße passirenden Publikums und zum Schaden seiner Gesundheit. Das Wasser, welches sich hier angesammelt hat und trotz der anhaltenden Trockenheit nicht verdunstet, auch keinen Abfluß hat, dürfte bei wärmerer Lufttemperatur zu „duften“ anfangen!

Man sollte kaum glauben, daß solche ödfehligen Zustände in der Reichshauptstadt ungehindert vorkommen könnten.

In der Berliner Medizinischen Gesellschaft wurde in der gestrigen Sitzung dem Prof. Virchow eine feierliche Begrüßung zu theil. Indem er in seiner Antwort auf den Empfang, den er in England gefunden, hinwies, hob er hervor, daß er

Diese Reise, wie auch die russische im vorigen Jahre als eine internationale Mission angesehen habe, auf der er befristet gewesen, die Beziehungen zwischen den Nationen dauerhaft zu gestalten und zu sichern. Wir haben seiner Zeit schon darauf hingewiesen, wie Birkow sich in Russland durch die Kräfte, welche am innigsten mit der zarischen Krone herrschend verflochten sind, hat dupieren lassen, wie er die ihm vorgeführten „Potemkin'schen Dörfer“ ernst nahm und die russischen Janitsaren-Jugend als wahrhaft musterhaft ansah. Wer andere Länder und zumal Russland bereist und die internationalen Beziehungen der Nationen befestigen will, darf sich nicht mit dem begnügen, was ihm von offizieller Seite gezeigt wird, und daß Birkow andere Beziehungen in Russland gepflegt, das hat er selbst nicht behauptet.

Eine höchst interessante Statistik über die Zunahme der Bevölkerung in den Vororten Berlins wird uns von zuständiger Seite zu theil. In den letzten Jahren ist in den Vororten der Reichshauptstadt eine so gewaltige Vergrößerung in der Bevölkerung beobachtet worden, wie dieselbe in der Umgebung von anderen Millionenstädten Europas — selbst London nicht ausgenommen — in dem gleichen Zeitraum von fünf Jahren nicht vorgekommen ist. Die Zahlen, welche wir dafür anführen können, sprechen am deutlichsten für die eminente Vergrößerung. Darf Schöneberg, welches im Jahre 1885 13 872 Einwohner zählte, war im Jahre 1890 auf eine Seelenzahl von 28 297 und ist jetzt nach weiteren 2 1/2 Jahren auf eine solche von annähernd 40 000 Personen gestiegen. Nixdorf zählte am 1. Dezember 1885 nur 22 778 Einwohner und wies bei der letzten Volkszählung im Dezember 1890 35 900 Seelen auf. Bei der im November vorigen Jahres erfolgten Steneraufnahme wurden in diesem Vorort 47 500 Bewohner ermittelt, und seither ist bis zum 1. April d. J. wiederum eine Zunahme von 6000 Personen festgestellt, so daß also Nixdorf in noch nicht 10 Jahren sich in der Bevölkerungszahl mehr als verdoppelt hat. — Der Vorort Charlottenburg, der bekanntlich den geringsten Nutzen aus dem Zuzug der Bevölkerung aus der Reichshauptstadt zieht und jetzt 100 000 Einwohner aufweist, hatte am 1. Dezember 1890 eine Bevölkerungszahl von 76 400, 5 Jahre vorher eine solche von annähernd 40 000 Einwohnern. Allerdings profitirt nur der Westen und Südwesten Berlins in so gewaltiger Weise in bezug auf die Bevölkerungszunahme, wiewohl beispielsweise Westensee, das bei der Volkszählung 1890 19 000 Personen aufwies, seither eine jährliche Zunahme von 2000 Seelen zu verzeichnen hatte und jetzt 25 000 Einwohner beherbergt. Nach ungefährender Berechnung haben sämtliche Vororte Berlins im Jahre 1892 eine summarische Zunahme der Bevölkerung um 59 800 Seelen erhalten. Es ist dies eine so gewaltige Ziffer, wie diese, selbst procentual berechnet, noch nie beobachtet worden, und hiermit erklärt sich der Rückgang, welchen die Bevölkerungsentwicklung Berlins im gleichen Zeitraum erfahren hat. Statistisch ist festgestellt, daß im Jahre 1892 von je 1000 der nach den Vororten verzogenen Personen 93,6 pCt. aus Berlin kommende Bewohner sind!

Wieder eine Andeutung. Dem in der Sorauerstraße wohnhaften Klavierarbeiter Cierolla (italienischer Nationalität), ist, weil er lästig gefallen, die Ausweisungsbefehle zu gefüllt worden. Er hat kürzlich eine einmonatliche Gefängnisstrafe wegen Gotteslästerung, begangen in einer Arbeitslosen-Versammlung, absolviert und bekennt sich offen zum Anarchismus. Da er seit 17 Jahren in Berlin ansässig und Vater von vier Kindern, wovon das älteste 15, das jüngste 3 Jahre alt ist, so wurde ihm auf sein Gesuch die Frist, bis zu welcher er das diesseitige Gebiet verlassen muß, bis zum 7. Mai (einschließlich) verlängert.

Vom Blitze im Thoms-Theater erschlagen. In dem Volksdrama „Der Herzogsmüller“, spielt im 1. Akt, in der 2. Verwandelung ein Gewitter auf. Zur Erzeugung des Blitzes werden zwei elektrische Kabel benutzt, deren Enden in solche Köpfe auslaufen, wie man sie bei den Glühlampen benutzt. Soll nun ein Blitzstrahl herabgehen, so führt ein hinter der 3. Koulisse als unsichtbarer „Jupiter“ verborgener Sterndrucker die Pole der beiden Kabel aneinander, und der Blitz ist fertig. Die Koulisse des Homergottes löst gleich hernach ein Kollege „Jupiters“ hinter einer anderen Koulisse aus, mittels einer Donnermaschine. Seit einiger Zeit war der am 23. Februar 1897 geborene Arbeiter Otto Gorge auf der Bühne beschäftigt und hatte stets staunenden Auges dem Witzgeher zugehört. Am Freitag voriger Woche, gelegentlich einer Probe, gelächelte es ihn, es dem „Jupiter“ gleich zu thun: er nahm unbefugter Weise die elektrische Kabel zur Hand und blühte in dem gegebenen Augenblicke los. Infolge einer ungeschickten Handhabung sprang der elektrische Funke ab und traf George, der sofort umfiel und, am ganzen Körper gelähmt, in das Krankenhaus Bethanien übergeführt wurde. Verzügliche Hilfe erwies sich als vergeblich: Der unglückliche Mann starb gestern früh an den Folgen des tödtlichen Blitzschlages. Bemerkenswerth erscheint, daß sich an dem Körper des Erschlagenen die bunten Gebilde zeigen, die durch einen wirklichen Blitzschlag entstehen.

Und der besten der Westen wird uns folgendes Glendbild angeteilt. Die 78 Jahre alte Pantinenmacher-Witwe Johanna Salpeter wohnt in dem Hause Streifenstr. 30 bei den Rottfischer Krüger'schen Eheleuten ein einstufiges Zimmer. Die Greisin hatte sich früher durch Strickarbeiten ernährt, brach aber vor Jahren den rechten Arm und konnte seitdem kaum noch ihre kleine Wirtschaft besorgen. Die städtische Armenverwaltung mußte einspringen und gewährte ihr fünfzehn Mark auf den Monat. Davon bezahlte sie sieben Mark für ihr Zimmer und hat von dem Rest seit Jahren ihr Leben gestrikt. Zum Betteln zu stolz, nahm sie ihre Hauptnahrung jahraus, jahrein in trockenem Brot, und rechnete es zu den Lederbissen, wenn sie sich ab und zu Frieden zu dem Brote kaufen konnte. Trotzdem wurde die Noth durch peinliche Sauberkeit in dem Zimmer verdeckt. Daß der Körper der hochbetagten Frau auf die Dauer dem Nothstand nicht gewachsen sein konnte, beweist die Thatsache, daß sie mehr und mehr kränkelte, und daß trotz ihrer Beigerung Nachbarn sie theilweise mit Lebensmitteln versorgten. Frau Salpeter wurde aber mit der Zeit so entkräftet, daß sie wochenlang ärztlicher Behandlung überantwortet werden mußte. Da aber auch dies nicht genügte, so mußte die alte Frau, um nicht dem Hungertode zu verfallen, gestern dem Krankenhaus überwiesen werden.

Eine 70jährige Frau, die langsam verkümmert, in einer Stadt, in welcher nicht bloß der Reichthum, sondern auch die Weisheit der höchsten Behörden sich konzentriert, das ist die beste Zusage unserer Gesellschaftszustände.

Die Ergreifung des Mörders Lypser Wilhelm Huhn, welcher in Gemeinschaft mit dem bereits zum Tode verurtheilten Ruffler Karl Kühn den Journalisten August K. aus Heringsdorf ermordet hat, scheint neuerdings wieder in den Bereich der Möglichkeit getreten zu sein. Es war in polizeilichen Kreisen von vornherein angenommen worden, daß Huhn in Berlin oder Weisenfeld geblieben sei und sich mit Hilfe des geraubten Geldes einen sicheren Schlupfwinkel geschafft habe. Man hoffte auch, daß er zum Vorhinein kommen würde, wenn das Geld alle wäre. Diese Hoffnung verlor sich aber allmählich, weil nicht anzunehmen war, daß das Geld so lange reichen konnte. Am Dienstag Abend ergriffen sich aber folgender Vorfall: Aus dem Hause Königs-Chaussee 40 stürzte eine Frau, welche laut schrie: „Jetzt soll er aber rein, der Mörder, nun lasse ich es mir nicht mehr gefallen!“ Der Amtsdienerr Lippert, der zufällig in der Nähe war, hielt die ergattete Frau auf und erfuhr von ihr, daß sich in ihrer Wohnung ein Mensch aufhalte, welcher der gesuchte Mörder Huhn sein müsse. Derselbe heiße Wilhelm Huhn, habe krumme Beine und ein tätowirtes Herz auf der rechten Hand. Der Beamte begab sich sofort in die

Wohnung der Frau, der Gesuchte war aber verschwunden, er war augenscheinlich zum Fenster hinausgegangen und über die Hofmauer nach dem Nachbargrundstücke hin verschwunden. Am gestrigen Mittwoch befanden sich die Gendarmen und Amtsdienere in Weisenfeld in fieberhafter Thätigkeit. Sollte es gelingen, den gesuchten Huhn zu finden, dann würde auch Kühn noch eine Galgenstrafe erhalten, denn wenn er hingerichtet wird, so könnte dies doch nicht früher geschehen, als bis Huhn — wenn einmal ergriffen — ebenfalls abgeurtheilt wäre.

Unglück bei dem ersten Debut als Einbrecher hat der achtzehnjährige Schlosserlehrling F. gehabt. Er hatte es auf den Laden eines Buchhändlers in der Jägerstraße abgesehen und ausgekundschaftet, daß vom Hofe des Grundstücks aus ein kleines Fenster nach dem an die Geschäftsräume stoßenden Hofe führt. Er schlich abends auf das Grundstück und verbarg sich im Korb auf dem Hofe, bis alles still war. Dann versuchte er vom Hofe aus, durch das Klostereisen in das Geschäft einzudringen, die Oeffnung war aber so eng, daß er nur den Kopf hindurchzuzwängen konnte, den Körper aber nicht nachziehen konnte. Mit vieler Mühe arbeitete er sich heraus und gab seinen Voratz auf, konnte aber das verschlossene Haus nicht verlassen. Er brachte mehrere Stunden in der Hoffnung, daß jemand das Haus verlassen und ihm Gelegenheit zum Entkommen geben würde, auf dem Grundstück zu, endlich weckte er den Wächter und bat ihn, ihn hinauszulassen. Der letztere hielt ihn als verdächtig an und übergab ihn, da er Verhörzeuge bei sich hatte, der Polizei.

Todt aufgefunden wurde gestern Vormittag gegen 11 Uhr im Keller des Quergebäudes Julestr. 8a ein etwa fünfzig Jahre alter unbekannter Mann, der sich anscheinend auf jenem Grundstück ein Nachtlager hatte suchen wollen. Zur Feststellung der Persönlichkeit mag dienen, daß das obere Glied am rechten Ringfinger fehlt. Spuren äußerer Gewalt sind an dem Toten nicht wahrzunehmen.

Die Leiche eines Greises wurde am Mittwoch Vormittag gegen 10 Uhr am Hofeisen-Ufer unter der Leisingbrücke gelandet. Alter und Gesichtszüge sind wegen der bereits weit vorgeschrittenen Verwesung nicht mehr erkennbar. Als Anhalt zur Feststellung der Persönlichkeit mag dienen, daß der Leichnam, welcher einen weißen Bart mit ansehnlichem Kinn und eine Glatze hat, mit einem braunen Anzuge bekleidet war.

Vom Tode überrascht wurde gestern Vormittag die 62jährige Gattin des Kaufmanns Kuntmann, Grenadierstr. 8a wohnhaft. Frau K. bestand sich auf dem Wege von der Central-Marktstraße nach ihrer Wohnung, als sie plötzlich zusammenbrach. Passanten beobachteten die Besinnungslose mittels Drofack nach ihrer Befahrung, doch verstarb Frau K. bereits auf dem Wege dahin. Ein Herzschlag hatte dem Leben der Aemstin ein Ende gemacht.

Die Arbeiter-Bildungsschule hat für dieses Semester in der Sidhule, Mariendorferstr. 5, bei Grube, einen Unterrichtskurs für Nationalökonomie eingerichtet, der jeden Dienstag von 9 1/2—10 1/2 Uhr stattfindet soll. Wir machen die Berliner Arbeiter des Südwestens ganz besonders darauf aufmerksam, und empfehlen grade diese Stunde zu reger Theilnahme.

Arbeiter-Sanitätskommission. Ueber Schlafräume für solche Arbeiter, die bei ihrem Arbeitgeber wohnen, haben wir bereits vor längerer Zeit eingehende Mittheilungen gemacht. Wir bringen heute eine kleine Nachlese.

Havelbergerstr. 12, beim Bäckermeister Päddeke: eine einstufige Küche, 27 Kubikmeter Rauminhalt, für 2 Personen und 1 Schlafzimmer.

Havelbergerstr. 35, beim Bäckermeister Heintschel: ein in die Hofmauer eingebauter, auch bei Tage stocktühler, etwa 3 Schritte vom Backofen entfernter Bretterverschlag, für 3 Personen.

Wienerstr. 82, in der Bäckerei: ein Raum mit 4 Betten, je 2 übereinander, für 4 Personen und für 1 Hausdiener, der, nachdem die 4 Personen ausge schlafen haben, in eines der warmen Betten frieden muß.

Joffenerstr. 15: Eine ehemalige Wagenremise, Fachwerkbau, mit ganz kleinem Fenster und ohne Heizvorrichtung, dient als Schlafraum für 4 Arbeiter, die den Bestand aus dem Wand an Wand gelegenen Pferde stall bekommen; eine steile, mit einem Strick als Geländer versehene Treppe führt zu dem über dem Pferde stall belegenen Raum für den Hausdiener.

Ludauerstr. 13: beim Schlichtermeister Eisener schläft 1 Geselle der im Keller belegenen Schlächtere in demselben Raum, in welchem die Fleisch- und Wurstwaren angefertigt und geräuchert werden; Köchin und Kindermädchen schlafen in einem Raum, dessen 1/2 Meter hoch und 1/4 Meter breites Fenster auf den Treppenhof mündet.

Gegenüber den „Verichtigungen“ betr. den Gehilfen-Schlafraum der Herrn Grob, Prinzenstr. 45, sowie über die Verhältnisse in den Häusern Wienerstr. 30 und 31 haben wir einfach die Wichtigkeit unserer Angaben aufrecht zu erhalten.

Polizeibericht. Am 19. d. M. Vormittags wurde in der Spree unter der Leisingbrücke die bereits stark verweste Leiche eines unbekanntes etwa 40-jährigen Mannes ange schwemmt. — In der Maschinenfabrik von G. Hoppe, Gartenstr. 9—12, fiel Nachmittags der Arbeiter Popendier beim Reinigen des Glasfaches des Wägerei gebäudes etwa 5 Meter hoch auf eine außer Betrieb befindliche Maschine herab und wurde am Kopfe und an den Hüften so bedeutend verletzt, daß seine Lebensführung nach der Unversitätstheiln erforderlich wurde. — In ihrer Wohnung, in der Kottboderstraße, wurde eine Frau im Bette liegend todt aufgefunden. Sie hat sich mittels Spannsil vergiftet. — Von der Weidenammerbrücke sprang Nachmittags ein Schneider in die Spree, wurde jedoch noch lebend an dem Wasser gezogen und nach der Charite gebracht. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung.

„Für Beschädigungen von Telegraphen-Leitungen durch Forstarbeiter ist zunächst die Forstverwaltung verantwortlich zu machen. Dem einzelnen Arbeiter ist das Verständnis dafür nicht zuzumuthen, welche Folgen eine solche Beschädigung nach sich ziehen kann.“ So hat die zweite Strafkammer am Landgericht II entschieden. Der Forstarbeiter Karl Mertens hatte am 21. November v. J. unter Mithilfe seines Sohnes im Vorderer Forst Baume gefällt. Ein Baum war auf die Berlin-Craudenburger Telephonleitung gefallen und hatte dieselbe zertrümmert. Vater und Sohn waren deshalb unter Anklage gestellt worden, da sie aber glaubhaft nachweisen konnten, daß sie in ihrer Vereinnung — weitere Arbeiter waren nicht zur Stelle — nicht mehr Vorlicht über konnten, als geschehen, so erkannte der Gerichtshof aus obigen Gründen auf Freisprechung.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Handlungsgeschäftinnen! Die Versammlung am Freitag, in welcher Frau Käbler das Meierat halten wird, findet im Nordert'schen Saal, Weutstr. 21, statt. Wir bitten diesen Hinweis aus dem Grunde zu beachten, weil insolge eines Verzehens in der gestrigen Annonce die Bezeichnung des Lokals ausgelassen worden ist. J. A.: Sina Ding.

In Plauen bei Dresden streifen die am Bau des Rath' hauses beschäftigten Erdbarbeiter. Sie verlangen Erhöhung ihres Lohnes, der selbstverständlich niedrig genug sein wird.

In Stockholm haben die Seher der Buchdruckerei „Dagens Nyheter“ die Arbeit eingestellt.

Aus York bringt das Wolff'sche Bureau unterm 19. April folgende unläre Nachricht: In einer heute stattgehabten Versammlung des Komitees des Rbederei-Vereins wurde nach dreistündiger Beratung der vom Unterhaus vorbereitete Plan zur Abgelung der in Süd hervorgetretenen Differenzen genehmigt. Die Versammlung beschloß ferner, die der Union angehörigen Arbeiter zu ermächtigen, mit den nichtunionistischen zusammen zu arbeiten und gab zu, daß die Rbedereien Lohdarbeiter nach Belieben engagiren dürfen. — Das Komitee des Rbederei-Vereins hat natürlich die Gewerkschaften nicht zu ermächtigen, diese gehorchen nur ihren eigenen Beschlüssen.

Die Zimmerleute in Kapstadt (Südafrika) haben durch einen Streik 6 Pence Erhöhung des Tageslohns errungen. — In Johannesburg bei Kapstadt wollen die Unternehmer Bergleute aus Europa importiren, um die Löhne zu drücken. Die afrikanische Arbeiterbevölkerung wird sich das schwerlich ruhig gefallen lassen.

Versammlungen.

Die Versammlung des Verbandes deutscher Korbmacher betreffend, über welche der „Vorwärts“ am 8. April einen Bericht brachte, sendet uns der Schriftführer der Zahlstelle Friedrichsriede, Jul. Kummer, eine Zuschrift, in welcher er richtig stellt, daß nicht die Wahl eines Delegirten zum Holzarbeiter-Kongress, sondern die eines Delegirten zur Generalversammlung des Verbandes deutscher Korbmacher auf der Tagesordnung gestanden ist. Ferner behauptet Kummer, daß die von den Berlinern vorgenommene Wahl nicht Statutengemäß erfolgt sei, auch wäre der Delegirte nicht mit bedeutender Majorität gewählt worden.

Der Verein Berliner Hausdiener hielt am 11. April seine dritte ordentliche Generalversammlung ab. Nach Erledigung verschiedener Unterhaltungsfragen wurde der Bericht über den Verlauf des Jahres 1891, welcher ergab, daß 5723 Mark eingenommen und 1540 Mark 69 Pfennig ausgegeben worden sind. Die Ausgaben für Streiks, Krankheits- und Sterbefälle stellten sich auf 556 M., die für die Bibliothek und den Stellennachweis auf 510 M. In der Kasse verblieb ein Bestand von 2178,01 M. Dem Vorstand wurde Decharge erteilt, nachdem die Revisoren dessen Angaben bestätigt hatten. Sodann wurden 12 Kollegen in den Verein aufgenommen. Unter Verschiedenem wurde noch bekannt gegeben, daß am 7. Mai eine Deputationsreise stattfindet.

Ueber Produktion und Konsumtion sprach Hoppe am 16. April in einer Bezirksversammlung, welche vom Deutschen Tischlerverband in Westen veranstaltet war. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Sodann wurde Schöf zum Beitragssammler für den Westen vorgeschlagen. Die nächste Versammlung soll am 7. Mai bei Habel abgehalten werden.

In Weisenfeld beschloß am 16. April eine öffentliche Versammlung aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Gründung einer Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher. In den provisorischen Vorstand wurde Georg Mademann, Friedrich Wendt und Heinrich Bebel gewählt. Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, daß die erste Vereinsversammlung am 24. April bei Friedemann, Königs-Chaussee 19, stattfindet.

In Woltersdorf nahm eine am 16. April stattgehabte Volksoberversammlung, nachdem Stadthagen ein entsprechendes Referat gehalten hatte, einstimmig die Resolution gegen die Militärvorlage an. Ferner wurde beschlossen, die Waisfeier durch eine Versammlung, der sich ein Kommerz anschließen soll, zu begehen. Das Arrangement der Feiertage wurde einer fünfgliedrigen Kommission, in welche Gewissen aus Woltersdorf, Eckner, Kallberge und Wädersdorf gewählt wurden, übertragen.

Allgemeines Kranken- und Sterblichkeits der Waisarbeiter (S. S. Nr. 17, Hamburg). Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Kranken- und Sterblichkeits der deutschen Waisarbeiter. Berlin S. Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr, bei Seyditz, Blumenstraße 10: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45.

Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45. Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45. Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45. Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45. Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45. Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45. Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45. Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45. Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Krankklub Waldesgrün, Nord-Westen, im Restaurant Wäldch, Rosenthalerstraße 45. Vergnügungs-Verein „Gervilla“ jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Schwanen, Köpenickerstr. 25. Nach der Sitzung 10 Uhr. Arbeiter-Bildungsschule, Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: S. S. Nr. 17, Hamburg. Filiale Weisenfeld, Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr. Alle Schöndauerstr. 42 bei Hermann: Waisarbeiter-Versammlung.

Vermischtes:

Mord und Selbstmord im Polizeibureau. Im Fahndungsbureau des Stuttgarter Polizeiamts ereignete sich am 20. April ein tragischer Vorfall. Ein Mann ersticht seine Frau und dann sich. Beide waren sofort tot.

Eine Feuersbrunst hat am Mittwoch Nachmittag, wie aus Straßburger Bericht wird, das Dorf Depeschen total vernichtet. Sämtliches Mobiliar und viel Vieh ist verbrannt, auch sind mehrere Personen erheblich verletzt.

Todesurtheil. Das Staats-Obergericht von Georgia in Nordamerika bestätigte vor einigen Tagen das über den bekannten deutschen Arzt Dr. S. N. von Pölsky in Bainbridge ausgesprochene Todesurtheil. Dr. von Pölsky wohnt schon seit 1855 in Georgia und machte den Sezessionskrieg als Arzt der Bundesarmee mit. Später verheiratete er sich, seine erste Frau starb jedoch und ebenso seine zweite eines natürlichen Todes. Vor fünf Jahren verheiratete sich der damals fünfundsünzig Jahre alte Mann mit einer hübschen, jungen und vermögenden Schullehrerin. Bald darauf ergab er sich dem Trünke, und als er ein, berauscht heimkehrend, von seiner Frau mit Vorwürfen überhäuft wurde, schlug er sie zu Boden und trat mit Füßen auf ihr herum, bis sie tot war. Die Einzelheiten dieser Mißhandlung sind so entsetzlicher Natur, daß schon in Rücksicht darauf nach der allgemeinen Ansicht das von der greifen in New-York lebenden Mutter des Mörders beim Gouverneur eingereichte Bagnadigungsgesuch wahrscheinlich ohne Erfolg bleiben wird.

Amerikanisches. In Dubuque, Iowa, sind zwei Eisenbahn-Polizisten bei dem Versuche, mehrere blinde Passagiere vom Zuge zu entfernen, erschossen worden.

Am Glasgow wird gemeldet: In dem Tunnel der projektierten Untergrund-Eisenbahn unter der Great-Western-Road erfolgte vorgestern früh eine heftige Explosion. Zwei Arbeiter wurden getödtet und mehrere verwundet.

Literarisches.

Im Verlage von J. G. C. S. in Dresden, hat Genosse Josef Scheu seinen zur 25jährigen Gründungsfeier des Arbeiter-Bildungsvereins Wien" erstmalig erschienenen Festgesang erscheinen lassen. Der Text, von seinem Bruder Andreas Scheu speziell zu diesem Feste gedichtet, ist im 5. Bande der von J. G. C. S. herausgegebenen "Deutschen Arbeiter-Dichtung" enthalten. Der Festgesang für Männerchor, mit Klavier- oder Orchesterbegleitung komponirt, dürfte größeren und gesuchten Gesangsvereinen und Bänden sehr willkommen sein. Der Klavier-Auszug kostet 1 M. 50 Pf., jede Stimme 30 Pf. und ist durch die Expedition d. Bl., sowie durch jede Musikalienhandlung zu beziehen.

Düffeldorf und Heinrich Heine. Eine Würdigung von Hugo Lachmann, Berlin, Friedrichshändische Buchhandlung (A. Hannemann), Friedrichstr. 41/42. Preis 50 Pf.

Navalhof, oder: Das Sozialistenfieber. Satirisches Gegenwartsbild mit Gesang in 1 Akt von P. Gent. Verlag: A. Hoffmann. Zeit.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 20. April. Im niederösterreichischen Landtage beantragte der Abgeordnete Doblhammer, an die Regierung das dringende Ersuchen zu richten, die Aufhebung der Grenzsperrung gegen die Vieheinfuhr aus Oesterreich seitens der deutschen Regierung zu erwirken.

Paris, 20. April. Die Regierung hat Angesichts des Arbeiterfeiertages am 1. Mai Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. Das Militär wird sich auf Straßen und Plätzen nicht zeigen, vielmehr in den öffentlichen Gebäuden in der Nachbarschaft derjenigen Vertheilungen konspiziert werden, wo seine Gegenwart "notwendig" werden könnte.

London, 20. April. In dem Prozesse gegen die Direktoren der "Danford Union", welche wegen betrügerischer Manipulationen bei Gründung der Gesellschaft in Anklagezustand versetzt worden waren, hat die Jury den ehemaligen Lordmayor von London, Sir Henry Isaacs, freigesprochen.

Briefkasten der Redaktion.

H. M. Wenn in der von Ihnen bezeichneten Dachdecker-Versammlung wirklich die von Ihnen mitgetheilte Aenderung gefallen sein sollte, so können wir das nicht ändern. Wir können unmöglich jedem Einzelnen und Verleumder das ungewaschene Maul stopfen. Ehrlichen Männern gegenüber aber, gleichgültig welcher Richtung sie angehören, brauchen wir uns auf eine solche Besichtigung irgend eines feigen Buben nicht zu vertheidigen.

Sebastian. Ein Schaltjahr hat netto 366 und ein Gemeinjahr netto 365 Tage. Das natürliche Jahr hat 365 Tage und etwa 5 Stunden 48 Minuten darüber. Das Schaltjahr ist eben eingerichtet, um diese Reststunden durch Einschaltung eines ganzen Tages auszugleichen.

Otto B. Sie bitten bezüglich einer am 18. zur Post gegebenen, am 20. und abgegebenen Anfrage um Antwort bis zum 19. 1. Dem Wirth steht ein Retentionsrecht zu. 2. Ihnen steht das Recht, Antrag wegen Hausfriedensbruch zu stellen, zu. Unter den von Ihnen geschilderten Umständen stand dem Hauswirth ein Recht, in Ihrer Wohnung trotz Ihrer Aufforderung zu bleiben, nicht zu.

Dugo Leipzig. Soziales Recht ist ein etwas schiefes Ausdruck. Das gleiche allgemeine Wahlrecht ist ein politisches Recht, zu dessen Erringung die soziale Lage treibt, um auf diesem Wege den Kreis der politischen Rechte zu erweitern und die soziale Lage zu heben. Wird dies politische Recht von der sozialen Lage des Einzelnen abhängig gemacht — beim Klassenwahlrecht — so könnte man von einem sozialen Recht sprechen. Im Grunde ist Ihr Streit ein Streit um Worte, deren Bedeutung dehnbar und mit einander verwandt ist.

C. K. Der Kläger erhält für den Fall des Gewinnes sämtliche notwendigen Kosten und Auslagen, einschließlich der Reifekosten, erstet.

K. S. 500. 1. Amtsgericht — ungefähr 20 M. 2. Das Sparassenbuch gehört Ihrem Freunde nach Ihrer Darstellung, er hat es also nicht als Erbschaft der Schwester anzugeben.

Abonnet Bekach. Der Biertrinker kann erst nach seinem Tode beerbt werden.

Tischler. Soviel als eine solche Scheibe aus der gleichen Art Glas kostet. Der Preis richtet sich natürlich nach der Größe.

N. 415. B. S. Der Verkäufer ist im Recht.

Lebenderer Höchst. 1. Es ist strafbar, ohne Konzeption, sei es aus der Flasche, sei es aus einem Glafe, das Bier, das man verkauft hat, in dem Geschäftsflokal oder der dazu gehörigen Wohnung trinken zu lassen.

Benzig. Eine Reklamation würde leider erfolglos sein.

C. G. Endeplatz 2 vor 9 Uhr Morgens.

80 D. Allerdings kann das nach bestehender Rechtsprechung leider als Majestätsbeleidigung aufgefaßt werden.

C. F. Die polizeiliche Erlaubniß ist ohne Rücksicht auf die Höhe notwendig.

S. C. K. Das betreffende Greizer Landesrecht ist uns unbekannt, würde aber, soweit es sich auf nur greyische Verhältnisse bezieht, gültig sein.

G. B. Es läßt sich nichts anderes machen als mit dem Lehrer Rücksprache zu nehmen.

S. S. S. 88. Die Verjährung wird durch jede richterliche Handlung unterbrochen. Von der letzten gerichtlichen Handlung anläßt die fünfjährige Verjährungsfrist von neuem.

Rudolfstadt. Die Schulden des Großvaters hat, wer der Erbschaft entsagt hat, nicht zu bezahlen, wohl aber wer Erbe geworden ist.

C. F. Sie müssen jetzt noch einmal reklamiren.

Verichtigung. Im gestrigen Bericht über die Delitscher Versammlung der polnischen Sachseingänger muß es Zeile 10 von oben heißen: „aus dem Verlage des „Katholik“ in B e u t h e n wurden“ (anstatt „wurden in B e u t h e n“). — In der Notiz „Die Regierung Ungarns“ (unter „Sozialer Ueberblick“) muß es letzte Zeile heißen „den Arbeitern“ (anstatt „die Arbeiter“).

Briefkasten der Expedition.

Wir ersuchen den Kassirer des Vereins der Militärschneider um gefl. Angabe seiner Adresse.

Für die Bergarbeiter gingen ein:
H. F. Krausenstraße 5.—, von Sattlern 1,50. Bierkaffe Hartmann u. Co., 1. Rate 5.—, Gef. von den Württembergern und Tabakarbeitern Alt-Ruppins 7,50. Weisteg 2.—, W. G. in Suhl 6,40. Von den Genossen aus Kirchhain 6.—, Gesangsverein Waderhall, gef. Karber 2,50.

Von der Streik-Kontrollkommission:
Liste 451 1,70. Liste 45 5,50. Liste 44 0,50. Liste 195 1,45. Liste 194, Mohrenstr. 59, 8,10. Liste 192 1,90. Liste 191 18,35. Liste 186 4,65. Liste 184 8,10. Liste 183 6,70. Liste 182 4,70. Liste 181 6,40. Liste 180 10.—. Liste 179 0,70. Liste 351 5,70.

Summa 112,65 M. Bereits quittirt 13 621,30 M., in Summa 13 733,95 M.

Von dieser Summe wurden gefandt an Genossen Emmel in St. Johann 6100 M., an die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ in Dortmund 6000 M., an den Kassirer des Verbandes deutscher Bergleute in Gelsenkirchen 1689,95 M.

Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg.

Wahlversammlungen.
Wegen zu geringer Beteiligung seitens der Wahlberechtigten bei den letzten Wahlversammlungen haben die Wahlen der Vertreter für die Generalversammlungen nicht vorgenommen werden können und werden daher neue Wahlversammlungen zu obigem Zwecke im **Vorhause'schen Lokale, Hauptstraße 11** hier an folgenden Tagen stattfinden:
am **Dienstag, den 2. Mai d. J.,**
Abends 8 Uhr,
Wahl von 30 Vertretern der versicherungspflichtigen Kassenmitglieder (Arbeitsnehmer);
am **Dienstag, den 2. Mai d. J.,**
Abends 9 Uhr,
Wahl von 2 Vertretern freiwilliger Kassenmitglieder;
am **Mittwoch, den 3. Mai d. J.,**
Abends 8 Uhr,
Wahl von 16 Vertretern der Arbeitgeber.

Indem wir um recht rege Beteiligung bei der Wahl bitten, bemerken wir, daß im Falle der Verweigerung der Wahl von Vertretern der Kassenmitglieder die Vertreter durch die Aufsichtsbehörde ernannt werden.
Rummelsburg, den 19. April 1898.
Der Kassen Vorstand.
M. A. Mohr.

500 Kinderwagen

stehe wieder spottbillig zum Ausverkauf nur **Lüchowstr. 73.** 3414b*

Waldvögel, v. 50 Pf. an, Vogelb. bill.

Alte Stiefel für D. u. Damen verl. Lohmann, Lintenstr. 7.

Grünkraut u. Materialwaaren-Gesch.

Wohnung schön u. bill. Zu erst. in der Exp. d. „Vorr.“ 3482b

Pfandleiche G. Meyer, Wienerstraße 1/3.

verl. Kleidungsstücke, gold- und silb. Uhren billig. 3054b*

Kinderwagen, größtes Fabriklager.

billigste Preise, auch Theilzahlung. Oranienstr. 8 im Kochgeschäft. 3162b*

Jamaica-Rum, (181M*)

echt Verschnitt u. Jac., Literfl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Bl. 10 Pf. billiger. Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literfl. M. 2,10.
Kimbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.
Echt Stonsdorfer Bitter-Likör, Liter 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10.
Cognac fine Champagne, 3/4 Literfl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.

Eugen Neumann & Co.,

6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 31. Neue Friedrichstr. 31. 8. Oranienstr. 8.

Max Richter, Berlin O, Grüner Weg 65,

empfiehlt den Vereinen seine Glaserei, Siansprüche, Bilder, Büsten (Cassale, Marx etc.), Fahnen, Banner, Stocklaternen etc.

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold,

Oranienstr. 83 84.

Rheinländischer Tunnel

(eine Menschenfalle)
Berlin N, Elsasserstrasse 73.
Neu! Neu!
Die Möbel-Polnais!
über: 4070L*
Weber hat'n Leber, an der Lunge, an der Junge, an der Leber!
Vorträge der berühmten Gesangsvereine „Halbe Lunge“ und „Keuchhusten“.
Vorzügliches Lagerbier der „Schöneberger Schloßbrauerei“ à Seidel 10 Pfennige.
H. Schultze (mit'n G).
(Notiz: Mang uns mang is keener nich mang, der nich mang uns mang jehört.)

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crèpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquette spottbillig!
Proben franko!
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Meyer's Lexikon, Bücher, Bibliotheken kauft

Hannemann, Kochstr. 56. (3446b*)

Arbeitsmarkt.

Schlosserlehrling gegen Kostgeld verl. Semmler. Zu erst. Arndtstr. 41, D. 1 Tr.

Blousenstepperin verl. Gutsch, Königsbergerstr. 8, Quergeb. II. 3443b

Für mein Möbelgeschäft suche einen Polirer Molltenmarkt 7, I. 3498b

Glaserlehrling sof. verl. Voedchstraße 8.

Plätterinnen für Steh- und Umlegekragen verlangt bei höchstem Lohn. A. R. Froyer, Georgenkirchstr. 24.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reiches Lager von ca. 1000 Sommer-Paletots, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. Ferner Hüte, Ketten, Ringe, Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzboffer, Waschkessel etc. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 3768L*
127 Skalitzerstraße 127.

Gestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Alle Werkzeuge für

Studateure, Bildhauer, Töpfer
Liefere unter Garantie
Invalidenstraße Nr. 107
Karl Kurze.

Architekt erteilt Bauhandwerkern während der Abendst. im Zeichnen u. and. Fächern Unterricht. Off. unter P. 100 Postamt I, Charlottenburg. 3409b

Bruchbänder,

chirurg. Gummivaaren, Gummi-Strümpfe, Geradhalter, Leibbinden, Spritzen, Suspensor's etc. Umstandsbinden, medicin. Verbandstoffe, Brillen etc., Pincoenez, sowie Artikel aller Art zur Krankenpflege empfiehlt
J. Ch. Pollmann, gepr. Bandagist, Berlin, 30 Lindenstrasse 30.
Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankenkassen.

Kinderwagen, Größtes Lager Berlins

Andreasstr. 23. D. v
Achtung!!
Meinen werthen Gen. zur gefälligen Nachricht, daß ich **Wienerstr. 39** eine **Kind- u. Schweineschlächtere** eröffnet habe. Um guten Zuspruch bitte ich
3431b C. Triebe, Schlächternstr.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 3806L*
am liebsten Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reiches Lager von ca. 1000 Sommer-Paletots, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. Ferner Hüte, Ketten, Ringe, Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzboffer, Waschkessel etc. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 3768L*
127 Skalitzerstraße 127.

Gestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Alle Werkzeuge für

Studateure, Bildhauer, Töpfer
Liefere unter Garantie
Invalidenstraße Nr. 107
Karl Kurze.

Architekt erteilt Bauhandwerkern während der Abendst. im Zeichnen u. and. Fächern Unterricht. Off. unter P. 100 Postamt I, Charlottenburg. 3409b

„Zum Prophet“

Welthaus
fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben
I. Etage. Am Dönhoffplatz. I. Etage.
Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.
Wir offeriren
nur noch kurze Zeit
aus dem von uns erworbenen Hamburger Lager, bestehend in 4076L
fertigen
Herren- u. Knaben-Garderoben:

Partie I.
Cheviot-Anzüge früh, 22 M., jetzt von 8 M. an.
Sammgarn-Anzüge „ 34 „ „ 18 „ „
Partie II.
Frühjahrs-Paletots früh, 20 M., jetzt von 8 M. an.
do. aus ff. Tuch „ 29 „ „ 13 „ „
Sommer-Paletots „ 21 „ „ 7 1/2 „ „

Partie III.
Hüter früh, 28 M., jetzt von 8 M. an.

Partie IV.
Tuchhosen früh, 7 M., jetzt von 3 M. an.
do. Nouveauté „ 20 „ „ 7 1/2 „ „

Partie V.
Westen früh, 3 M., jetzt von 1 1/2 M. an.
do. weiße „ 6 „ „ 3 1/2 „ „
do. hochlegante „ 12 „ „ 3 „ „

Partie VI.
Knaben-Anzüge früh, 4 M., jetzt von 1 M. an.
do. in Cheviot „ 5 1/2 „ „ 3 „ „
do. Nouveauté „ 10 „ „ 5 „ „

Partie VII.
Surschen-Anzüge früh, 9 M., jetzt von 4 M. an.
do. in Cheviot „ 10 „ „ 5 1/4 „ „
do. hochfein „ 18 „ „ 8 „ „

Partie VIII.
Jünglings-Anzüge früh, 15 M., jetzt von 6 M. an.
do. in Cheviot „ 19 „ „ 8 „ „
do. Sammgarn „ 24 „ „ 14 „ „

Partie IX.
Knaben-Paletots früh, 6 1/2 M., jetzt von 2 M. an.
Surschen-Paletots „ 12 „ „ 5 „ „
Jünglings-Paletots „ 15 „ „ 7 „ „

Die Rayon-Chefs und Inspektoren sind angewiesen, darauf zu achten, daß Jedermann auf's Beste und Billigste bedient wird.

Oranien-Bad

Oranienstrasse 44.
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 8 Wäber 1 M.

Dampfkasten-Bäder.

Einpudung und Massage.
Leitungswasser. 3719L*